

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **555 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Raum hatte die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ihre in unserer letzten Rundschau besprochene Kapitalerhöhung angekündigt, so schritt auch schon der Siemens-Konzern zu einer neuen Kapitalaufnahme, wie denn immer die beiden vielfach verbündeten, aber nichtbestoweniger rivalisierenden Elektrizitätsmächte an Kapitalrührungen weiterfeiern. Die Siemens-Schudertwerke, S. m. b. H., nehmen eine 4 1/2 prozentige Obligationssanleihe in Höhe von 30 Millionen Mark auf, nachdem sie im vorigen Jahre Obligationen in demselben Betrag ausgegeben und von den beiden Gesellschaftern, Siemens & Halske und der Elektrizitäts-Gesellschaft vormals Schudert, ein unkündbares Darlehen von 50 Millionen erhalten hatten. Das Eigenkapital von Siemens-Schudert beträgt 90 Millionen Mark, das Obligationenkapital und das Darlehen zusammen 130 Millionen Mark. Begründet wird die Aufnahme der jüngsten Anleihe mit der außerordentlich starken Beschäftigung, die eine Vermehrung der Betriebsmittel wünschenswert und erforderlich mache. Zur Errichtung von Neubauten wird das neue der Gesellschaft zuzulehrende Kapital nicht dienen.

In dem Siemens-Schudert-Konzern geht die oberste Leitung in andere Hände über. Dr. Alfred Berliner, der der Generaldirektor von Siemens & Halske war und gleichzeitig den Vorsitz im Direktorium von Siemens-Schudert führte, scheidet aus den Vorständen der Gesellschaften aus, er wird alsdann in den Aufsichtsrat von Siemens & Halske eintreten. Sein Nachfolger als Vorsitzender der Vorstände wird wahrscheinlich Karl Friedrich v. Siemens, der jetzige Direktor von Siemens-Schudert werden. Ein Bruder des bisherigen Generaldirektors Berliner, der gleichfalls eine leitende Stellung in dem Siemens-Konzern inne hatte, ist vor kurzem in die Direktion der Bergmann-Elektrizitätswerke eingetreten, wodurch auch die Zugehörigkeit der Bergmannwerke zum Siemens-Konzern deutlich hervortritt. — Auf eine Verdoppelung ihres Reingewinns in 1911/12 weist die Elektrizitätsaktiengesellschaft vormals Hermann Pöge in Chemnitz hin; im Jahre 1910/11 hatte der Reingewinn 221 128 M. betragen. Der Aufsichtsrat beschloß, die Ausschüttung einer Dividende von 7 1/2 Prozent (im Vorjahr 7 Prozent) auf das um 1 Million auf 3 1/2 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen und den verbleibenden Ueberschuß zu Extraausschüttungen zu verwenden. Die Ausschüttungen werden von 151 143 M. im vorigen Geschäftsjahre auf 313 783 M. erhöht. Von der Pöge-Gesellschaft wurde in dem letzten Monat eine besonders rege Geschäftstätigkeit entwickelt, die Gesellschaft übernahm die Errichtung einer ganzen Reihe von Ueberlandzentralen. Dadurch tritt sie in Konkurrenz zu den großen Elektrizitäts-Konzernen, die dem Aufstieg eines neuen, wenn auch kleinen Konkurrenten kaum ruhig zusehen werden. Ueberwiegend beschäftigt sich die Pöge-Gesellschaft mit der Fabrikation von Spezialartikeln, daß sie den Rahmen ihres bisherigen Gebietes erweitert, mag wohl einer geschäftlichen Notwendigkeit entspringen, aber es bleibt, wie die Erfahrungen gelehrt haben, ein sehr gefährliches Wagnis, es auf Nebenbahnen mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und dem Siemens-Konzern ankommen zu lassen.

Fortgesetzt macht sich starker Kapitalbedarf in der Montan- und Metallindustrie geltend. Der Verwaltungsrat des Bochumer Vereins für Bergbau und Hüttenfabrikation beschloß bei der Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 6 Millionen Mark, mithin auf 36 Millionen Mark, zu beantragen, weil durch die hohen Auswendungen für Neuanlagen an den Zeche und im Werke, für den Ausbau der Hochöfen, den Bau des Stahlwerks und der Seilbahn von der Zeche Karolinenfeld nach den Hochöfen zc., ferner für die Erwerbung von Eisenerzgruben eine Vermehrung der Betriebsmittel erforderlich geworden ist. Mit der Kapitalerhöhung ist der Bochumer Verein stets außerordentlich vorsichtig vorgegangen, die letzte Kapitalvermehrung erfolgte in Höhe von 4 800 000 M. im Jahre 1910. Seit dem letztjährigen Jahre bis zum Jahre 1889 betrug das Kapital unverändert 15 Millionen Mark. Bei einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark stellte sich der Rohgewinn für 1911/12 auf nicht weniger als 6,8 Millionen Mark. — Zur Durchführung der in Aussicht genommenen Erweiterungsarbeiten und zur Verstärkung der Betriebsmittel nimmt die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale in Gdrlitz eine Anleihe in Höhe von 2 Millionen Mark auf. Der Generalversammlung, die diesen Beschluß faßte, wurde auf Anfrage eines Aktionärs mitgeteilt, daß die Wirkung der beiden Streiks, namentlich des letzten von 4 Monaten Dauer, sich doch als einschneidender erwies, als ursprünglich angenommen wurde, wenn sich auch heute noch keine zahlenmäßige Angabe über das Ergebnis machen ließe. — Eine Erhöhung ihres Aktienkapitals um 1 Million auf 1 Millionen Mark beantragt die Aktiengesellschaft Gdrlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, die für das Geschäftsjahr 1911/12 eine Dividende von 8 gegen 5 Prozent im Vorjahr verteilte wird. — Eine Erhöhung des Grundkapitals bis um 2 Millionen Mark soll bei der Norddeutschen Automobil- und Motoren-Aktiengesellschaft beschlossen werden, an der der Norddeutsche Lloyd interessiert ist. — Eine Anleihe von 1 500 000 M. nimmt die Aktiengesellschaft für Lederfabrikation vormals A. Birck & Co. in

Kassel auf; um 1 Million auf 3 Millionen Mark erhöht die Rheinische Automobil-Gesellschaft in Mannheim ihr Kapital. Das Unternehmen, dem die Benz-Gesellschaft nahesteht, wird für das Geschäftsjahr 1911/12 auch eine Erhöhung ihrer Dividende, die im Vorjahr 13 Prozent betrug, vornehmen. — Zu einer erneuten Kapitalerhöhung, und zwar angeblich gleich um 4 Millionen Mark, werden demnächst die Adler-Fahrradwerke vormals Heinrich Kleber in Frankfurt am Main schreiten, nach dieser Kapitalerhöhung würde das Kapital 12 Millionen Mark betragen. Bereits die letzte Kapitalvermehrung erfolgte unter Umständen, die beweisen, daß die Gesellschaft eifrig darauf bedacht ist, ihre kolossalen Gewinne nach außen zu verfrachten.

Bei den starken Konkurrenzkämpfen auf dem Rohrmarkt sind die Ergebnisse der Mannesmannrohr-Werke in Düsseldorf für das Jahr 1911/12 von besonderem Interesse. Im Gegensatz zu verschiedenen Rohrwerten, die nach der Auflösung der Rohrenindustrie erhebliche Gewinnrückgänge erlitten, können die Mannesmann-Werke ihre Dividende von 12 1/2 Prozent für das Vorjahr auf 13 1/2 Prozent erhöhen. Der Umsatz der deutschen Werke der Gesellschaft ist von rund 46 Mill. auf 52 Millionen Mark gestiegen, der Gesamtumsatz aller zum Mannesmann-Konzern gehörigen Werke des In- und Auslandes, einschließlich des neu erworbenen Wechmalzwerkes, Gewerkschaft Wülke, Funke & Co. in Wessling-Schale, beläuft sich auf 95,937 Millionen gegen 72,136 Millionen Mark im Vorjahr, der Bruttogewinn beträgt 11,26 Millionen gegen 9,511 Millionen M. Nach Abschreibungen von 2,44 Millionen gegen 2,37 Millionen M. im Vorjahr wird der Reingewinn in Höhe von 5,06 Millionen gegen 3,53 Millionen Mark im Vorjahr ausgeteilt. In das neue Geschäftsjahr wird ein Auftragsbestand von 95 770 Tonnen gegen 40 620 Tonnen in der Vergleichszeit des Vorjahres übernommen. Die seit einigen Monaten erzielten höheren Preise werden, wie der Geschäftsbericht betont, erst dem laufenden Geschäftsjahre zugute kommen. Ausdrücklich legt die Verwaltung hervor, daß die Gewinnsteigerung des verfloßenen Jahres durch vermehrten Absatz und billigere Gesteinskörnungen herbeigeführt worden ist. Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, die früheren Rohrenditate durch Rohronventionen zu ersetzen, die indes ein ganz verändertes Bild zeigen würden. Bekanntlich haben die Mannesmann-Werke eine erhebliche Erweiterung ihrer Nachlieferung dadurch erfahren, daß sie mit Rohrenwerken, auch solchen, die von gemischten Eisenerzen aufgenommen worden sind, Verträge über Arbeitsteilung und den Verkauf der Produktion geschlossen haben.

Gleichfalls auf die Verbilligung der Fabrikationskosten führt die Aktiengesellschaft E. F. Dohles Erben (Zinnwalzwerk) in Breslau in erster Linie die beträchtliche Gewinnsteigerung im Jahre 1911/12 zurück. Der Reingewinn liegt von 221 234 M. auf 351 814 M., die Dividende beträgt 16 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahr. — Nachdem in den beiden letzten Jahren die Kunener Gussstahlwerke dividendenlos geblieben waren, verteilen sie für das Jahr 1911/12 bei einem Ueberschuß von 201 025 M. gegen 22 175 M. im Vorjahr eine Dividende von 6 Prozent. „Am Zusammenhang mit dem ungemein lebhaften Aufschwung, der auf die gesamte Eisen- und Stahlindustrie übergriff“, schreibt die Verwaltung, „sind für uns und die gesamten Stahlwerke keine durchreisende Auflockerung der Verkaufspreise, dagegen eine außergewöhnliche Steigerung der Aufträge, so daß wir nicht immer in der Lage waren, den an uns gestellten Lieferungsansprüchen voll und ganz zu genügen. Insbesondere hierin verdanken wir dieser starken Beschäftigung einen Umsatz von 6045 gegen 4781 Tonnen im vorletzten Jahre. Das neue Geschäftsjahr hat unter guten Ausichten begonnen. Wir verfügen heute über einen ganz erheblich größeren Bestand an Aufträgen als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, so daß wir daraus noch für mehrere Monate volle Beschäftigung haben; auch die Preise haben sich etwas gebessert, und, wenn die Marktlage die auf sie gezielten Forderungen weiter erfüllt, glauben wir, im laufenden Jahre wieder auf ein beträchtliches Ergebnis rechnen zu dürfen.“

Daß das Desobrunder Kupfer- und Drahtwerk für 1911/12 dividendenlos bleibt, während es für das Vorjahr eine Dividende von 6 Prozent verteilte, ist auf besondere Umstände zurückzuführen. Die Verwaltung begründet den finanziellen Rückschlag damit, daß die Erträge durch die Auflösung der Verkaufsverbände sehr zu leiden gehabt hätten. — Auch die Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik vormals Sondermann & Stier in Chemnitz bringt für 1911/12 keine Dividende zur Verteilung, die inneren Verhältnisse des Unternehmens haben indes im vergangenen Jahre eine erhebliche Kräftigung erfahren. Der Bruttogewinn beträgt 1911/12 165 426 M. gegen 132 500 M. im Vorjahr, er wird ganz für Abschreibungen verwendet. Kürzlich teilte die Verwaltung einer Tageszeitung mit, daß die Fabrik zurzeit sehr gut beschäftigt ist, der Kundentrieb habe sich namentlich im Rheinland außerordentlich erweitert. Der Bestand an Aufträgen sei um mehr als 75 Prozent größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. — Nach Abschreibungen von 73 567 M. gegen 67 771 M. im Vorjahr weist die Werkzeugmaschinenfabrik „Union“ vormals Diehl in Chemnitz einen Reingewinn von 222 704 M. gegen 141 479 M. im Vorjahr aus. Die Dividende wird von 10 auf 12 Prozent erhöht. — Die gleiche Dividende wie im Vorjahr verteilt die Aktiengesellschaft Wessertalenerberg, Wessertalenerberg & Co. in Solingen mit 8 Prozent, die Wessertalener Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei mit 6 Prozent, die Aktiengesellschaft A. Weiler Email- und Metallwerke, vormals Franz

Ulrich Söhne mit 8 Prozent. — Zu einer Erhöhung der Dividende von 3 auf 7 Prozent schreitet die Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie „Archimedee“, von 8 auf 9 Prozent steigert die Maschinenfabrik Malmédie & Co. in Düsseldorf ihre Dividende, von 6 auf 8 Prozent erhöht die Dividende die Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe, die Aktiengesellschaft Wessertalenerberg- und Hammerwerke, Aktiengesellschaft Dahlhausen-Welefeld, verteilt eine Dividende von 12 gegen 10 Prozent auf das um 200 000 M. auf 2 Millionen Mark erhöhte Grundkapital.

Ihre Selbstständigkeit gibt die seit 50 Jahren bestehende Maschinenfabrik und Eisengießerei Ziegler, Hansen & Co. in Gotha auf, das Unternehmen wird von den Vulkan-Werken in Hamburg und Stettin übernommen, die es als Filiale fortführen. Als Grund der Abgliederung wird angegeben, daß die Gothaer Fabrik mit ihren Einrichtungen den immer mehr gestiegenen Aufträgen nicht gewachsen ist, während die Vulkan-Werke andererseits für ihre Stettiner Maschinenfabrik neue Arbeitsgebiete erschließen wollen.

Aus der südwestdeutschen Grobeisenindustrie.

Zwischen den lothringischen Hauptstädten Diedenhofen und Metz liegt die Ortschaft Sagenbüdingen, vor nicht langer Zeit noch eine dörfliche Kleiniedlung, jetzt auf dem besten Wege, rasch ein weltbekanntes, starkbedollertes Großindustriepol zu werden. Hier läßt der rheinische „Stahlkönig“ Thyssen seit knapp zwei Jahren Fertig eine Hüttenanlage errichten, die nach ihrer Vollendung zu den größten der Welt gehören wird. Wenn das Werk in dem bisher projektierten Betrieb ist, soll es eine Jahresleistung von 660 000 Tonnen Roheisen hervorbringen können, also mehr als 1911 die ganze schwebische Eisenerzeugung betragen hat. Das zu der Sagenbüdingener Gesellschaft gehörige Sittentwerk in Esch an der Moselle (Luxemburg) ist mit 11 Hochöfen auf 2500 Tonnenleistung in 24 Stunden eingerichtet. In Sagenbüdingen werden 6 Hochöfen in derselben Zeit 1800 bis 2000 Tonnen liefern und die Hochofenzahl wird noch vergrößert. Auf dem ebenfalls der Firma Thyssen gehörenden Stahlwerk „Deutscher Kaiser“ bei Bruchhausen i. N. H. können innerhalb 24 Stunden 3000 Tonnen Roheisen erzeugt werden. Nach Fertigstellung der gewaltigen Sagenbüdingen Anlage wird Thyssen weit aus an der Spitze der deutschen Eisen- und Stahlhersteller stehen — bis ein noch größerer erhebt. Das kann schon bald der Fall sein. Wenigstens kommt man zu diesem Schluß, wenn man die rapide Entwicklung der lothringisch-luxemburgischen Montanindustrie im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte, die, man möchte fast sagen, wie Pilze nach einem warmen Regen aus der Erde schießenden Grobeisenwerksanlagen in den deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzbezirken betrachtet.

Es ist bekannt, daß die gewaltigen Lager phosphorreichen Eisenerzes (Minnette) in den bezeichneten Landesstellen erst durch die Einführung des Thomasverfahrens (1879) für den modernen Verhüttungsprozess verwendbar wurden. Doch hat schon, das weiß man an n in seiner hochinteressanten Geschichte der älteren lothringischen Eisenindustrie nach, im 16. Jahrhundert eine für jene Zeit bedeutende Eisenverarbeitung, gestützt auf das dortige reiche Erzvorkommen, in den Gemarungen von Moyeuvre und Sagenbüdingen bestanden. Das gewonnene Eisen war aber sehr spröde, die Folge seines starken Phosphorgehalts, den man damals noch nicht beliebig zu reduzieren verstand, so daß es zum Beispiel nicht gut zu Werkzeugen, wohl aber zu Geschützen und Munition verarbeitet werden konnte. Die in ihren Anfängen bis in das 14. Jahrhundert zurückreichende Hüttenanlage bei Moyeuvre, wie auch die 1704 durch Kauf in den Besitz der Offiziersfamilie De Wendel gelangte Sagenbüdingen Hütte gehörten darum derzeit zu den bedeutendsten Waffenarsenalen der lothringischen und später der französischen Heerführer. In der großen Revolutionszeit wurde die Sagenbüdingen Hütte zu Staatsbesitzum erklart, weil ihr Besitzer De Wendel ausgetrieben war, wie es damals so viele Aristokraten machten. Die Familie De Wendel kaufte jedoch das Werk 1803 als „Konkursmasse“ sehr billig zurück und 1811 das fiskalische Werk Moyeuvre noch dazu. Damit wurde die bis vor kurzem ziemlich unbeschränkte ständige Stellung der De Wendels in der lothringisch-luxemburgischen Eisenindustrie begründet. Heute muß sich diese übrigens auch in Frankreich stark begüterte Industriellenfamilie mit den Besitzern der Rombacher Hütte, der Firma Stumm-Röschling, der Deutsch-Luxemburger H. G. (Stinnes), der Sagenbüdingener H. G. und mit Thyssen in die Beherrschung des eisenerreichen deutschen Industriebezirks teilen.

Nach der Einführung des Entphosphierungsverfahrens (System Thomas-Gilchrist) nahm die Eisenproduktion im Minettegebiet einen gewaltigen Aufschwung. Es wurde Roheisen produziert:

	im deutschen Reichsgebiet	davon in Lothringen-Luxemburg
1881	291 409 Tonnen	598 992 Tonnen
1890	465 845 „	1 199 136 „
1900	852 054 „	2 494 888 „
1911	1 535 612 „	4 622 388 „

Die Eisenerzeugung im Minettebezirk ist demnach erheblich stärker angewachsen als im übrigen deutschen Zollgebiet. Doch kommt hierin die volle Bedeutung jenes Bezirks für unsere Eisen- und Stahlherzeugung nicht einmal ganz zum Ausdruck. Es verbleibt auch noch die übrigen westdeutschen Hüttenwerksbezirke mit bedeutenden Erzeugnissen. Von den 23,7 Millionen Tonnen 1911 in Lothringen-Luxemburg geerderten Eisenerzen blieben im Bezirk selbst 14,7 Millionen (62,7 Prozent), 2,9 Millionen (12,15 Prozent) emfingen

Die Saarhütten, 3,2 Millionen (13,98 Prozent) gingen nach dem übrigen Rheinland-Westfalen, die Restmengen nach Belgien und Frankreich. Die Minetteförderung hat eine so rasche Zunahme erfahren, daß sie trotz der enormen Vergrößerung der heimischen Verhüttungsanlagen in manchen Jahren fast bis zur Hälfte außer Landes geführt werden mußte. Bis zu dem kritischen Jahre 1879 bewegte sich die Minetteförderung nur in normal aufsteigender Linie, um dann in einem sehr beschleunigten Tempo zuzunehmen. Sie betrug in

Jahr	Soortungen	Tonnen
1871	864 000	Tonnen
1875	744 000	"
1880	996 000	"
1900	7 742 000	"
1911	17 734 000	"

Lothringen hat also Luxemburg, dessen Erzförderung schon einmal (1907) fast 7 1/2 Millionen Tonnen betrug, weit überflügelt. Diese Verhältnisse sind sich fortsetzen, denn die Lothringischen Erzfelder sind ungleich reichhaltiger (1841 Millionen Tonnen Erzvorräte, geschätzt von dem Geologen Bergmeister Schmidt) als die luxemburgischen, deren Inhalt derselbe Geologe auf nur 250 Millionen Tonnen veranschlagt.

Von der nationalwirtschaftlichen Bedeutung der Lothringisch-luxemburgischen Minetteförderung bekommt man einen guten Begriff, wenn gesagt wird, daß sie 1911 schon fast 60 Prozent der deutschen Erzförderung ausmachte. Wohl ist die Minette kein erstklassiges Erz wie das schwebische, sie hat nur 35 bis 40 Prozent Eisengehalt. Aber da sie in ungeheuren Mengen vorkommt, die Gewinnverhältnisse den dort erzielten Stüttenwerken geradezu vor der Tür liegen, darum die Befriedigung der Hochöfen auch ohne nennenswerte Erztransportkosten geschehen kann, so gleicht sich der geringe Verhüttungsgrad dieses Erzes durch seine außerordentlich billige Beschaffung aus. Die besonders in den letzten Jahren erfolgten Neuanlagen riesiger Stüttenwerke in dem Distrikt bewiesen zur Genüge, daß die gewöhnlich als schlechte Rechner bekannten Unternehmer sich von der Entwicklung dieses jüngsten unter den europäischen Großindustriestädtern bedeutenden Gewinn versprechen müssen. Es gibt genug Leute in Lothringen, die die fortwährenden Erweiterungsarbeiten der Stüttenwerksbesitzer mit gemischten Gefühlen betrachten. Seit es doch sogar im Bericht der Reichs Handelskammer (Seite 64) für 1911, nachdem die starke Belebung des Geschäftes im letzten Viertel des verflochtenen Jahres konstatiert ist: „Deutlich wird in dem Bericht die vielen Neubauten und Vergrößerungen von Hochöfen und Eisenerwerken. Wenn im Durchschnitt der Absatz von Stüttenwerkstoffen schon ungenügend war, obwohl die gewöhnlichen Betriebe ihre Stahlerzeugung mehr erhöhen konnten, und mithin durch Verwendung von Rohstoffen zur Stahlerzeugung diesem den Markt entzogen, so fragt man sich doch, was eintreten wird, wenn die Neubauten fertig sind! Kann der Stahlmarkt jenseit der Rheingrenze aufnehmen? Ist dies nicht der Fall, so kommt eine entsprechend größere Menge Rohstoffe auf den Markt. Der (Rohstoffs-)Verband kann ja die Erzeugung einschränken, dadurch aber steigen die Selbstkosten und ein Gewinn etwa durch vom Verband erzielte bessere Preise würde vernichtet werden. Bleibt man nun noch den hohen Verkaufspreis und die schlechte Beschaffenheit des Stahls, die stetig (?) steigenden Löhne, die Unzuverlässigkeit in der eisen-lothringischen Eisenerzeugung in Betracht, so ist es nicht zu verwundern, wenn die meisten Hochöfen mit geringem Vertrauen in die Zukunft blicken.“

Diese Auslassung ist um so bemerkenswerter, weil in der Reichs Handelskammer ja auch Vertreter der einheimischen Großindustriellen den Ton angeben. Nicht weniger als sechs Werksdirektoren sind ständige Mitglieder, dazu kommen noch mehrere an der Stüttenindustrie lebhaft interessierte Kammermitglieder und Bankiers. Auch in dem Handelskammerbericht für Saarbrücken werden Bedenken über die enormen Werksvergrößerungen ausgesprochen, wo es nach einer Schilderung des „unbefriedigenden“ Beschäftigungsgrades im Sommer 1911 heißt:

„Endlich aber kam in dem zeitweise schleppenden Geschäftsgang auch die Wirkung der umfangreichen Vergrößerungen zum Ausdruck, die von vielen Stüttenwerken an ihren Anlagen in der letzten Zeit vorgenommen worden waren. (Seite 6.) Es kommt also auch diesen Unternehmern Vergrößerungen gelegentlich zum Bewußtsein, daß trotz der Verbindungen und die Erweiterungsarbeiten der bestehenden Werke so weiterzugehen, die Gewinne nicht mehr für die „reinen Hochöfen“ in den Gruben des Straßs endet, wenn sie es nicht vorziehen, sich von einem großen „gewinnlosen“ Bruder verschmelzen zu lassen. Daß aber auch die „gewinnlosen“ Werksbetriebe einen Zeitpunkt erdennemüssen, wo ihnen die gerade durch sie entfallende Produktionskraft über den Kopf wachsen und, wenigstens zeitweilig, der Verbandsreife geprengt wird, der Kampf um die Spandamenten rücksichtslos entfremdet, das haben schon die Schwierigkeiten bei der vorjährigen Erneuerung des Stahlwerksverbandes bewiesen. Aus den Publikationen der Interessentenverbände der Stüttenwerksbesitzer gewinnt man den Eindruck, daß man dort zunächst froh ist, immerhin noch ein „Kampfmittel“ (war die A-Produkte, das heißt Selbstzeug, Fremdeisen, Eisenbahnmateriale) hat noch durch den Stahlwerksverband konzentriert) zu haben.“

Eine Studienreise deutscher Arbeiter in England.

Von Fr. Arczynski (Stuttg.).
IV. (Schluß.)

Der 15. Juli brachte uns wieder allerlei Bergabstimmungen, aber wenig, was wir hätten „besseres“ können. Während die Friedensengel ein Gutes tun wollten, präsidierte ein Biedermeier deutscher Handwerker, an der Spitze ein Lehrer der Adult School, die höheren Stufenmittel betraute ab. Wir besuchten „Bühnen“ der Arbeiter der Armen. Was wir dort sahen und hören, ersättigte uns wenig. Wir besuchten einen Juden, der in Indien gebürtig, verarmt und Krüppel geworden ist. Mit Orden geschmückt begrüßte uns dieser und sagte sein Wort: mit den 500 £ Jahrespension, die er schon 21 Jahre lang bezieht, könne er die jüdische Familie nicht ernähren. — Eine Frau, deren Mann Platanenbesitzer ist und 16 £ in der Woche verdient, kämpft mit ihren drei Kindern in einem einzigen etwa zwei Quadratmeter großen Raum; vor einigen Tagen, so sagte sie, fand ihr ein Kind an der Schwelbühne. — In einer schwachen Hintergasse sahen wir, wie der Alkohol des schwachen Geschlechts „Acht“ macht. In einer Herberge begegneten wir einigen Dutzend Arbeitlosen, die mit der Forderung ihrer Rohheit beschäftigt waren.

Auch eine Temperenz-Gesellschaft erfuhr sich unsere Bemühung. Was wir jedoch dort vorfanden, schien uns nicht geeignet zu sein, die dem Lande Alkohol verschaffen und menschenwürdige Dasein zu ermöglichen. In England hat der Alkohol furchtbare Verheerungen angerichtet. In 7135 Gemeinden wird Temperenz geübt, sogar die Kirche Unionisten haben in letzter Zeit eine offizielle Temperenzgesellschaft gegründet. Alle diese Versuche, die Temperenz zu erzwingen, sind jedoch zu spät gekommen. Wir deuteten: Gewerkschaften werden sagen: Es gibt für gute Löhne und kurze Arbeitszeit und ihr Kampf im besten gegen den Alkoholismus!

Am Samstag den 16. Juli waren wir wieder in London. Im

deutende Lothringisch-luxemburgische Werte haben bis zum letzten Termin mit dem Zutritt zu dem Hoheisenfondit und zum Stahlwerksverband geordnet. Wahrscheinlich hängt die tiefste Erweiterung ihrer Anlagen mit der Absicht, sich auf eine syndikalistische Kampfbahn einzurichten, zusammen.“

Zu diesen Kampfvorbereitungen rechte wir auch die emigen Vermählungen der südwestdeutschen Großhüttenwerke, sich eine möglichst große Erzreserve durch alleinigen Erwerb oder doch starker Beteiligung an Bergwerksfeldern zu sichern. Hierbei ist neuerdings ihr Blick auf die Erzregionen im Lande des „gallischen Erzfeldes“ gerichtet. Das Minettevorkommen liegt nämlich jenseits der deutschen Grenze, im Departement Meurthe et Moselle fort; ja hier finden sich die reichhaltigsten Erze, allerdings in durchschnittlich größerer Tiefe wie in Lothringen-Luxemburg vor. Schon besitzen deutsche Stüttenwerksfirmen auch im Bassin de Briey bedeutende Erzfelder. Es ist mit Rücksicht auf die nationalökonomische Lage von Wichtigkeit festzustellen, daß zwischen Erzregionen und Stüttenwerksbesitzern in dem deutschen und französischen Minettegebiet heute bereits sehr intime geschäftliche Beziehungen bestehen. Vor allen Dingen ist die Firma De Wendel durch aus international engagiert. Sie hat große Werke in Lothringen und in Frankreich, ist auch an luxemburgischen und belgischen Unternehmungen stark interessiert. An französischen Erzregionen sind ferner unter anderem beteiligt die deutschen Firmen Hühling (Burbach), Gaspel Eisen- und Stahlwerke, Giesch, Phönix (Görbe), Stannes, Thyssen (Gelsenkirchen), Stumm. Diese Unternehmungen, deren starker Einfluß auch auf die deutsche Reichsregierung bekannt ist, sollten doch wenigstens die ihnen nahestehende Presse davon abhalten, immer noch gegen den „Erbsind“ hinter den Vorzeichen „Schwarzmaier“ nach dem unsere Industriellen nun in so enge Beziehungen zu den ersten Industriellen Frankreichs, zum Beispiel auch zu dem französischen „Kanonendücker“ Schneider in Creusot, getreten sind. Es ist sehr bezeichnend für die nationalökonomischen Treiber, daß gelegentlich der Enthüllung des französischen Kriegerdienstes in Longwy am 25. August dieses Jahres ausgerechnet der Hauptbesitzer des dortigen großen Stahlwerkes, Graf de Serigny, eine chaotische Rede zum Ruhme der militärischen Kriegsbereitschaft Frankreichs hielt, mit deutlichen Hinweisen auf die „Kanonendücker“. Auf deutscher Seite besorgen der Großindustrie nahestehende Organe die umgekehrte Propaganda — insofern sie bemühen sich die französischen und deutschen Großkapitalisten, aus gemeinschaftlich betriebenen Unternehmungen den möglichst großen Profit herauszuholen. Was die Arbeiter auch auf dem Gebiete der internationalen Verknüpfung noch erreichen müssen, nämlich die gemeinschaftliche Wahrung ihrer Interessen, das haben die Großkapitalisten für sich in ihren internationalen Industrieunternehmen schon vollbracht. Sind sie deshalb antinational? Den Arbeitern freilich wird der Vorwurf der antinationalen Stimmung gemacht, wenn sie sich mit ihren Klassengenossen jenseits der Grenze verständigen.

Noch rapider als in Lothringen ist im angrenzenden französischen Minettegebiet die Eisenerzförderung gestiegen. Während hier 1890 nur erst 2,6 Millionen Tonnen gefördert wurden, stieg die Förderung bis 1900 auf 4,4 Millionen und betrug 1911 über 14,8 Millionen Tonnen. Etwas aus dem Bassin de Briey kamen 1900 erst knapp 250 000 Tonnen, 1910 aber über 8,5 Millionen Tonnen und 1911 schnellte die Förderung auf über 10,4 Millionen Tonnen hinauf. Im Kreise Nancy sind in kurzer Zeit eine Reihe namhafter Stüttenwerke entstanden. Die Hochöfenanlagen bei Pont à Mousson, Dieulouard, Pompey etc. sind durchaus modern eingerichtete Anlagen mit hoher Leistungsfähigkeit. Mit Stolz weist das von der Handelskammer Nancy periodisch herausgegebene Bulletin darauf hin, daß unter dem Einfluß der ungeheuren gesteigerten Eisenerzförderung im Kammerbezirk dessen großindustrielle Entwicklung die der übrigen französischen Industriegebiete neuerdings weit hinter sich zurücklasse. Aus kleinen Eisenhütten seien schnell umfangreiche Hochöfenwerke geworden. Das mehr nördlich gelegene Vogesien ist der Sitz eines erstklassigen Eisen- und Stahlwerkes, das jetzt circa 6000 Arbeiter beschäftigt. Im Departement Marthe et Moselle werden heute über 90 Prozent der französischen Eisenerze gefördert und circa 70 Prozent des französischen Hoheisens stammen aus diesem Bezirk. Nur der Mangel an inländischen Kohlen und vornehmlich an gutem Roßs kennt eine noch stärkere Hoheisenerzeugung uneres westlichen Grenzgebirges; infolgedessen hat die Erzgewinnung enorm zugenommen. Frankreich führte von seinen Eisenerzen 1911 über 6 Millionen Tonnen aus, wovon 2,1 Millionen nach Lothringen-Luxemburg und 3,4 Millionen nach Belgien kamen. Es findet ein westlicher Ausfluß von Rohstoffen und Halbfabrikaten statt; eine Reihe Unternehmungen in den deutschen, luxemburgischen, französischen, auch belgischen Grenzgebieten sind durch Aktienbesitz oder sonstige Interessengemeinschaft verbunden. Deutschen Unternehmern gehören Stufen in Frankreich, deren Förderung in ihren Lothringischen oder luxemburgischen Werken verhilft wird. Zum Teil findet die erste Verhüttung auf französischem Boden in Hochöfen statt, an denen ebenfalls deutsche Unternehmer beteiligt

hier von dem Rest unserer Reihe noch recht vieles nach Deutschland zurückzuführen, unternahmen wir, nachdem das offizielle Programm zu Ende war und unsere lieben Adult School-Freunde uns verlassen hatten, jaungroße Ausflüge, unter anderem auch nach dem berühmten Hydepark.

Im Hydepark. Ein sonniger Tag war's, als wir aus dem Straßensystem heraus die Leinwand aller Heimatsleuten betreten. Zu Hunderten lagen auf dem Rasen Mitglieder der betagten Gesellschaft und ließen sich den Locomoten Regen der Sommerhitze gerne gefallen. Schwüle hielten Wache, damit nicht böse Buben die Dahingefahrenen in ihren süßen Träumen stören. In London gibt es täglich 30 000 Obdachlose! Diese Opfer kapitalistischer Wirtschaftsweise treten in der Nacht in den dunkelsten Straßen der Weltstadt unter und suchen ihre „Schlafstätten“ am Tage im Hydepark. Am Eingang von der Djord Street findet man stets ein reges Leben. Dort werden Rekrutenübungen erteilt, hohe Zeitswandelplakate aufgeschlagen, eine Orde herbeigeholt, und über alles hinweg tönen die Melodien der Heilsarmee. Daneben hatten Gaultier und Gauner mit allerlei Sachen ihren Handel ab. Etwas weiter entfernt hält eine Musikbande Söhne der Heilsarmee, verbunden die Polizei der Regierung und der liberalen Partei und fordert das Frauenvolk. Denn nur dann wird die Ungezähligkeit beseitigt, wenn die Frauen an allen Lebensfragen der Nation mitreden können! Sie finden am weißen Gehir. Ein neuer „Weltmeister“ macht aber diesmal Ehre abwärts; er hat ein zugänglicheres Thema, wie sein Schild zeigt: Anti-Sozialismus. In wachen Augenblick sehen sich die ersten Darsteller von ihren „Hörern“ verlassen, aber sie reden weiter in die blauen Luft, bis neue „Hörerschaften“ kommen. Wir konnten noch sein, daß Deutschland keine englischen Hydepark besitzt, die Schirmbewachung, die durch die verächtlichsten Klumpenverweise etwas betrieblen würde, wüste nachzudenken zum Janus und somit zu großen Verbrechen führen. — Ein Abend im kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London. Es war für uns sehr überraschend, daß wir unter deutschen Genossen einen Deutschen abfanden. Unsere Genossen, die vorher den untern

sind. Aus Deutschland allein werden Kohlen und Roßs bis zur Hälfte ihres Bedarfs den französischen Gütern zugeführt, in weit geringerem Maße auch aus Belgien. Das drüber erzeugte Hoheisen erfährt zum erheblichen Teil in deutschen und belgischen Werken seine Weiterverarbeitung, umgekehrt empfangen französische Eisen- und Stahlwerke deutsches Hoheisen und Halbzeug. Der deutsche und luxemburgische Stüttenwerksbezirk hängt also derart enge mit dem französischen zusammen, daß er mit diesem schon ein Wirtschaftsbereich bildet. Die kapitalistische Entwicklung hat faktisch die Grenzspähle ausgetrieben.

Wieviel verdienen unsere Berufskollegen in Nordamerika?

1. Weiter Kollege! Sie schreiben, daß wir Metallarbeiter in Amerika 12 bis 16 \$ Tagelohn haben, die Bauarbeiter sollen drüber gar 24 \$ täglich verdienen; jetzt aber höre ich von einem, der kurze Zeit drüber war, daß er nicht einen Dollar den Tag bekommen konnte. Sagen Sie mir umgekehrt, wer nun eigentlich recht hat und was die amerikanischen Metallarbeiter wirklich verdienen. Ich möchte auswandern und muß das natürlich genau wissen. . . .

So ungefähr fragte mich längst ein lieber Kollege, und Briefe ähnlichen Inhalts gehen mir ständig zu. Es ist selbstverständlich nicht banale Neugierde oder Auswanderlust allein, was solche Fragen stellen heißt, sondern vor allem das Streben nach Kenntnis der wirtschaftlichen Lage der Berufskollegen jenseits des großen Teiches läßt unsere Verbandsmitglieder fragen: Was verdienen die amerikanischen Metallarbeiter?

Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet. In dieser Allgemeinheit läßt sie sich überhaupt nicht lösen. Denn was versteht man unter einem Metallarbeiter? Einen Kesselschmied oder einen Goldarbeiter, einen Kesselschleifer oder einen Geschützrohdbreher, einen Feinmechaniker oder einen Aufschneider, einen Halb-, ganz- oder ungelerten Mann? Wenn die Berufsart nicht genau bestimmt ist, müssen natürlich auch Angaben über die Löhne unbestimmt, unzutreffend sein. Die Schwierigkeit der Beantwortung dieser Frage wird übrigens auch durch die Tatsache illustriert, daß unsern auswanderlustigen Kollegen Tagelohnsätze von ein bis sechs Dollar genannt wurden.

Ja, aber welcher von diesen Auskunftgebern hat nun eigentlich recht? Nun, jeder mag recht haben, wenn auch nur im bedingten Sinn. Jeder hat eben nur angegeben, was er oder seine Werkstattegenossen oder die engeren Berufskollegen in seiner Fabrik oder Stahlwerk haben. Ob der genannte Lohnsatz für die Gesamtheit der Branche oder wenigstens für die einer lokalen oder beruflichen Gruppe gilt, ist dabei nicht gesagt worden, kann auch von den einzelnen Arbeitern nicht festgestellt werden, weil das dazu nötige Material nicht zur Verfügung steht.

Mit der amerikanischen Lohnstatistik ist es noch überaus traurig bestellt. Nur erst drei von den siebenundvierzig Staaten der Union veranstalten regelmäßig Untersuchungen über Löhne und Arbeitszeit ihrer Industrie. Und es sind dies keine Gebiete mit einer starken Metallindustrie. Dieser Mangel würde bedauern, daß derjenige, der sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Branche informieren will, landauf, landab wandert, vielerorts fustianhafter arbeitet, die Resultate seiner Forschungen niederzuschreiben, um sie dann zu flüchten und zu deuten. Aber das ist eine platte Unmöglichkeit. Wer hätte Lust, Mittel und Fähigkeit zu dieser ebenso undankbaren wie schwierigen Riesenarbeit? Und wenn sie aber schließlich doch gewagt würde, so müßte sie nur eineses Stilleweil bleiben.

Aber trotz aller Schwierigkeiten muß versucht werden, den europäischen Arbeitern möglichst zuverlässige Kunde von den allgemeinen Lohnverhältnissen ihrer Kollegen im klassischen Lande der Trübs zu bringen. Und dies nicht nur der auswanderlustigen Mitglieder wegen, sondern nicht zum wenigsten im Interesse der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Nicht selten kommt es vor, daß den Verbandsfunktionären bei Stellung von Forderungen oder bei Vertragsabschlüssen von Unternehmern bedeutet wird, im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten erhielten die Arbeiter nur foundstobel fürs Stück, oder dort seien die Zeitlöhne um foundstobel geringer und dafür müsse obendrein noch kummlich geschonkt werden. Freilich ist es in vielen Fällen unmöglich festzustellen, was an solchen Behauptungen Wahrheit und was Dichtung ist. Immerhin aber wird eine Kenntnis der allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche im Ausland dem Gewerkschaftsvertreter schon zur Beurteilung der gegnerischen Argumente genügen.

Wenigstens begegnet man der Behauptung, die Arbeiter im allgemeinen und die Metallarbeiter im besonderen würden im Dollerland stärker angetrieben, hätten intensiver zu arbeiten als im Land der sprichwörtlichen Gemütslichkeit. Daß das ein Märchen ist, habe ich schon früher gesagt. Aber das werden die deutschen Unternehmer und auch deutsch-amerikanische Arbeiter nicht wahrhaben wollen. In

Erkenntnis benachrichtigt worden waren, veranstalteten eine Mitarbeiterversammlung, an der etwa 150 Personen teilnahmen. Der Vorsitzende begrüßte uns mit wenigen aber treffenden Worten, er sagte unter anderem: „Ein Bäckerdude deutscher Genossen, die an einer bürgerlichen Mischmaschdemonstration für den Weltfrieden teilnehmen, sind heute unsere Gäste, um uns brüderliche Grüße von unseren Genossen jenseits des Kanals zu überbringen. Die internationale Sozialdemokratie braucht nicht erst Friedensreisen zu unternehmen, sie arbeitet täglich für den Weltfrieden und die Weltbefreiung.“ Es folgten dann Reden, aus denen hervorging, daß die englischen Trade Unionisten den Ausländern den Eintritt in ihre Organisationen geradezu unmöglich machen und somit verhindern, daß die englischen Gewerkschaften aus ihrem Schlummer zu neuem Leben erwachen. Unsere Genossen haben in London einen guten Zusammenhalt, sie veranstalten in ihrem Heim Versammlungen, Konzerte und Theateraufführungen. Eine reichhaltige Bibliothek mit den verschiedensten Parteipublikationen steht den Mitgliedern zur unentgeltlichen Verfügung. Auch für gute Speisen und Getränke wird gesorgt. Es kann nur dringend geraten werden, daß jeder deutsche Genosse, der nach London geht, sich dort dem Verein anschließt.

Die englischen sozialistischen Arbeiterparteien. Der englischen Arbeiterpartei fehlt eine der wichtigsten Waffen im Klassenkampf; eine geschlossene politische Organisation. Die I. L. P. (Independent Labour Party), Arbeiterpartei, und die S. D. P. (Socialdemokratische Partei) versuchen zwar, zu einer Einigung zu kommen, aber bisher ist jeder Versuch vergeblich gewesen. Die Führer der Arbeiterpartei, die in ihrer Mehrheit nach deutschen Begriffen mehr zum Liberalismus als zum Sozialismus neigen, fürchten, daß durch eine Verschmelzung mit der Sozialdemokratischen Partei revolutionärer Geist in ihre Reihen eingeleitet würde, was den Trade-Unionismus vor den Kopf stoßen könnte. So führte ein Redner auf der großen Einigungskonferenz in Manchester am 2. Oktober 1911 unter anderem folgendes aus: „Man künste sich, wenn man glaube, daß die englischen Gewerkschaften heute leichter für den Sozialismus und seine Ziele zu gewinnen seien. Als Mitglied des

Newport, Philadelphia, Chicago, kurz in den großen Absorptionen... den Behauptungen der europäischen Unternehmer beizupflichten. Zweifelhaft man ihre Wahrheit, so betonen diese Kollegen energisch, daß sie zehn, fünfzehn Jahre und noch länger „hüten“ seien und dadurch Befähigung und Gelegenheit erhalten hätten zu beurteilen, daß in Amerika schwerer geschlagen würde. Ganz abgesehen davon, daß die Großstädte der Ostküste, wo sich mittellose Einwanderer zu Hunderttausenden stauen und sich an den Fabrikatoren um jeden Preis anbieten, ein ungünstiger Boden für die Beurteilung dieser Sache sind, so ist gerade durch den Aufenthalt von zwei, drei Jahren in der neuen Welt die Fähigkeit und Kenntnis für solche Vergleiche abhanden gekommen. Die deutsch-amerikanischen Kollegen lernen die Arbeitsweise der deutschen Industrie in den 1880er oder 1890er Jahren kennen, aber sie kennen nicht die von heute; die technische Vervollkommenung des Produktionsprozesses in Deutschland haben sie persönlich nicht miterlebt und sie können nicht wissen, bis zu welchem Maße seit ihrer Auswanderung die Steigerung des Arbeitspensos getrieben worden ist.

Vergleichen man beide Länder als Ganzes, sieht man von beruflichen oder lokalen Ausnahmefällen ab, so kann man sagen, daß das Tempo der Arbeitsweise in beiden Ländern gleich ist. Und sollten sich bei diesen Vergleichen Resultate ergeben, so sind sie sicherlich nicht auf deutscher Seite. Aber sind auch die Löhne in beiden Ländern gleich?

Bei dem Versuch, diese wichtige Frage zu beantworten, kommt ein Buch sehr zu statten, worin so ziemlich alles gesammelt ist, was Nordamerika Brauchbares an Lohnstatistiken besitzt.*

Zunächst einige Sätze über die Zahl und den Durchschnittslohn der Gesamtheit der Industriearbeiter der Vereinigten Staaten nach dem Zensus des Jahres 1909 beschäftigten die 268 491 industriellen Etablissements der Union 6 616 046 Lohnarbeiter (Männer, Frauen und Kinder). Sie erzeugten zusammen Waren im Werte von 84 828 Millionen Mark, oder jede Person durchschnittlich einen Wert von 13 000 M. Sie erhielten an Löhnen (ausschließlich der Gehalte für Beamte etc.) 14 093 Millionen Mark, oder jede in der Industrie als Arbeiter tätige Person, ob Mann, Frau oder Kind, durchschnittlich 2175 M.

Es ist wohl kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß diese Jahreslohnsumme nur „theoretischen“ Wert hat: In der Theorie hat jeder in der Industrie als Arbeiter — nicht als Beamter — Beschäftigte, jeder Mann, jede Frau, jedes Kind, diesen Betrag erhalten, in der Praxis aber wird es wohl nur wenige Personen geben, die diese Zahl am Ende des Jahres unter der Lohnliste stehen haben. Frauen und Kinder werden einen geringeren, Männer oder gelernte Arbeiter einen höheren Jahresverdienst gebucht haben.

Durch Teilung der Gesamtlohnsumme der Industriearbeiterschaft des ganzen Landes mit der Zahl der Industriearbeiter haben wir erfahren, daß der Durchschnittslohn in diesem Jahr 2175 M. beträgt. Damit wissen wir aber noch nicht sehr viel. Besonders können wir noch nicht sagen, wie hoch der Jahreslohn von bestimmten Berufs-, Alters- oder Geschlechtsgruppen ist; wir Metallarbeiter können noch nicht sagen, was unsere Kollegen „drüben“ verdienen, ob sich ihre Löhne über oder unter dem allgemeinen Landesdurchschnitt bewegen. Dies festzustellen ist vorderhand noch unmöglich. Für das ganze Land gibt es, wie gesagt, noch keine detaillierte, nach Berufen, Alter und Geschlecht geordnete Lohnstatistik. Solche Aufstellungen liegen bis jetzt nur von Massachusetts, New Jersey und Kansas vor. Neben diesen veranfaßt noch eine Anzahl Staaten Ermittlungen über Durchschnittslohnne bestimmter Berufsgruppen oder auch der gesamten Industriearbeiterschaft. Eine Betrachtung dieser bringt uns schon etwas mehr Auskunft über die Löhne der Metallarbeiter. Da Frauen und Kinder in den angeführten Branchen der Zahl nach eine sehr untergeordnete Rolle spielen, so sind sie im Interesse der Übersichtlichkeit und Kürze der Tabellen dabei außer acht gelassen und nur die erwachsenen Männer in den Rahmen der Betrachtung gestellt. Durchschnittliche Jahreslöhne von Metallarbeitern in Wort:

Land	Jahr der erwaehnten Arbeiter (männl.)	Jahresverdienst im Durchschnitt
Pennsylvania (1909):		
Malzwerke	114 603	2717
Eisen- und Stahlgießer	9074	2616
Locomotivbau	8360	2898
Massachusetts (1908):		
Mecherei und Maschinenbau	31 112	2524
Elektrische Bedarfsartikel	10 538	2343
New Jersey (1909):		
Mecherei und Maschinenbau	7 850	2242
Elektrische Bedarfsartikel	5 170	2887

Diese Lohnzahlen müssen mit Vorsicht behandelt werden. Wohl geben sie eine allgemeine Idee von dem Verdienst der Berufsgruppen, * Scott Nearing: Wages in the United States. Verlag: The Macmillan Company 1911.

Vorstandes einer Gewerkschaft könnte er der Konferenz versichern, daß sie die meisten Gewerkschaftler nur um Kleinliche Dinge kümmern.“ Auf dieser Konferenz ist zwar eine Eintragsresolution einstimmig angenommen worden, aber es war da die stärkste Partei, die I. L. P., oftstet nicht vertieren. Der Schwäche der Arbeiterpartei im öffentlichen Leben folgt naturgemäß die Schwäche im parlamentarischen. Von 42 Vertretern der britischen Arbeiterpartei im Hause der Gemeinen ist es noch nie gelungen, weitgehende Forderungen durchzusetzen. Wen beunruhigt sich in der Regel mit diplomatischen Reden, wie bei Gelegenheit der Macollotrie. Damals führte der Sprecher der Arbeiterpartei, R. MacDonald, im Urterbause unter anderem folgendes aus: „Ich habe mir nie ein Gefühl, mit großem Widerstreben und mit tiefem Verantwortlichkeitsgefühl gesprochen, aber ich hoffe und wünsche, daß die gegenwärtigen Verhandlungen den Frieden bringen werden. Ich hoffe und wünsche, daß keine europäische Nation einen einzigen Augenblick annehmen wird, daß Parteiunterschiede in diesem Lande den nationalen Geist und die nationale Einheit schwächen werden!“ Daß durch solche Reden der englische Arbeiter kein großes Vertrauen zum Sozialismus gewinnt, ist verständlich. Der englische Liberalismus und mit ihm die religiösen Sekten, deren es 160 in England gibt, können ihr Dasein nur stiften, solange die gewaltige Mehrheit des arbeitenden Volkes in ihrem Schlepptau sich befindet. Die Führer der religiösen Sekten und der liberalen Parteien sind dann auch kein Mittel unverloren, ihren Getreuen nutzbar zu machen, daß sie es sind, die die Interessen des Volkes, besonders des arbeitenden, wahrnehmen. Es dürfte jedoch nicht mehr lange dauern, bis der letzte Schläfer die Augen aufkriegt, die großen wirtschaftlichen Kämpfe des vorletzten Jahres mit allen ihren Bekehrungsmeinungen: Militar, Streikpolitik und Gerichte, sorgen dafür kann, erst dann werden die morschen Gebäude des englischen Scheinsozialismus zerfallen, und auf ihren Trümmern kann ein Bollwerk errichtet werden, das jedem Sturm gewachsen sein wird. —

Der Artikel über Verlassen von unseren Gastgebern, aber dennoch frohen Mutes, füllten wir am letzten Tage unseres Aufenthalts in London dem britischen Museum einen Besuch ab. Wenn

sind dadurch für Vergleiche mit anderen Branchen wertvoll, aber auf die Frage nach dem Lohn bestimmter Sparten geben sie keine Auskunft. Es läßt sich aus ihnen nicht entnehmen, was eigentlich der Elektriker, Gleis- oder Maschinenbauer verdient, weil sie nur Gesamtzahlen der Branchen sind, in die Gelernie und Ungelernte, die Formner wie ihre Sandholer, die Locomotivbauer wie ihre Helfer, zusammengeworfen sind. Der wirkliche Jahreslohn der Professionsisten kann viel höher als der Durchschnitt, der der Tagelöhner viel niedriger sein; das Wieviel aber bleibt ein Rätsel. Diese Durchschnittszahlen geben keine Auskunft über die Lohnschwankungen innerhalb einer Branche. Sie sind eine ziemlich vage Größe, die nur mit kritischer Hand geizt werden darf. In vielen Fällen können sie verleitend wirken. Wir wollen dies gleich an einem Beispiel dartun. Nehmen wir einen Fall aus der amerikanischen Praxis:

In einer Walzwerkstrolonne erhält täglich jeder der zwei Walzer 24 M oder beide zusammen 48 M ihrer vier Helfer 8 M alle vier . . . 32 M Zusammen 80 M Durchschnittlicher Tagesverdienst der Kolonne (80 : 6) 13,33 M

Ein durchschnittlicher Tageslohn von 13,33 M ist für einen Walzwerkerlarbeiter nun so übel nicht, wird der Mann von der Straße sagen. Das wäre nun zwar nicht ganz unrichtig, wenn der hochbezahlte Mann auch einen Teil der Bedürfnisse seines schlecht entlohnten Kolonnenkollegen mitbekommen würde. Aber das ist eben nicht der Fall. Und den Verdienst von 13,33 M hat niemand. Der Walzer hat bedeutend mehr, sein Helfer viel weniger. Der erstere kann sich mit seinem wirklichen Lohn eine über das Mittel hinausgehende Lebenshaltung gestatten, seinen Fleischer, Bäcker und Schneider pünktlich bezahlen und dabei noch einen Spargrochen beifügen, während der andere äußerst kärglich leben muß, trotz allem beim Krämer und Kleiderhändler in die Kreide kommt und schon am ersten der wirtschaftlichen Regentage den Hungerwolf zu Gast hat.

Da, wie schon erwähnt, die gegebenen Durchschnittslöhne für Vergleiche wohl recht wertvoll sind, aber die Lohnschwankungen innerhalb der Branchen nicht erkennen lassen, weil sie nicht sagen, wieviel ihrer Angehörigen schlecht, gut, besser und hoch entlohnt sind, so sollen die Ermittlungen der Staaten Massachusetts, New Jersey und Kansas noch in einer anderen Anordnung hier angeführt werden.

Die „Bruchbude“.

Trotz der jahrzehntelangen Tätigkeit der Gewerkschaften für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und der dadurch erzielten vielen und auch bedeutenden Erfolge, trotz der jahrzehntelangen Arbeiterschutzeinrichtungen und der Wirksamkeit der Gewerkschaften in Fabriken und Werkstätten, der Baukontrollen und Grubeninspektoren bestehen noch in sehr vielen, wenn nicht in den meisten Betrieben in allen Gewerben und Industrien zahllose Mißstände aller Art weiter, alte und neue. Es gibt Betriebe, die man direkt als „Bruchbuden“ bezeichnen kann und die von den Arbeitern, die sie kennen, auch als solche erachtet werden. Davon erzählen viele Gewerkschaftsversammlungen und Vespredungen, alle Gewerkschaftsblätter und auch — alle Fabrikinspektorenberichte. Man möchte von einem sich immer wieder erneuernden oder nie vollständig zu rettenden Quagmair reden, von einer Siphonarbeit, die keinen dauernden Erfolg zu erzielen vermag, und man kann dieses Wort sogar in Fabrikinspektorenberichten finden. Dabei erlangen ja die Aufsichtsbeamten noch lange nicht von allen Mißständen Kenntnis und, soweit sie solche haben, verarbeiten sie sie nur zum kleinsten Teil in ihren amtlichen Jahresberichten. Und dennoch enthalten diese Berichte mit ihren tausenden von Seiten eine reiche Fülle von Tatsachenmaterial, das Jahr für Jahr sich vermehrt, sich vergrößert anhäuft und eine wuchtige Last gegen die Unternehmer bildet, deren Mangel an Rücksichtbewußtsein, an Gesehensinn, an Sinn für Recht und Billigkeit, an Humanität und an ansünderlicher Gesinnung.

Wir sagen, daß vielleicht die meisten Betriebe Mißstände aller Art aufweisen, gef- in damit also zu, daß es Betriebe mit mehr oder weniger beträchtlichen Verbesserungen für die Arbeiter gibt, und man kann uns deshalb nicht den Vorwurf machen, daß wir unterstrebelos und ausnahmslos alle Betriebe als unbescheidend und ungenügend verurteilt hätten. Welchen Prozentsatz diese besseren Betriebe ausmachen, das ist wohl noch nirgend festgestellt worden, aber man darf immerhin annehmen, daß er — leider! — nicht allzu hoch ist. Man darf sich bei der Beurteilung dieser Verhältnisse nicht von Neußerlichkeiten irreführen lassen. Wie sich so oft hinter dem „Bieder- mann“ der größte Schamke verbirgt, so beherbergt gar manches schöne neue Fabrikgebäude recht traurige Arbeitsbedingungen: zu lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, schlechte Behandlung und andere Schönheiten mehr. Ja, es mag sogar mitunter seinem Innern zu der Sorte der „Bruchbuden“ gehören, die man sich freilich gemeinhin nur in alten Berichten vorzustellen pflegt. Die Bruchbude ist ge-

mon auch nie etwas über die englische Welt Herrschaft gehört haben würde, im britischen Museum legen stumme Zeugen bereites Zeugnis von ihr ab. So finden wir aber Herren Vönder im kleinen vor, die Nationalgalerie mit ihrer großen Bibliothek und dem Lesesaal ist die Studienstätte der Gelehrten der ganzen Welt. Unsere Zeit verlebte uns aber nicht hier Studien zu machen, dazu wären Monars notwendig. Wir begaben uns zu einer Dampferfahrt auf der Themse. Auf und Gehweg führten uns in einen Park, den wir aber bald verlassen mußten, um noch rechtzeitig unser Schiff zu erreichen. Einige Stunden englischer Eisenbahnfahrt und wir befinden uns im Hafen von Dover und 24 Stunden später in der Helmat.

Die erste deutsche Zeitung, die wir in die Hände bekamen, machte uns auf den Ernst der politischen Lage in Europa aufmerksam, und mit Schauern blickten wir da an die Friedensredner deutscher Christen und ihrer Verwandten, als wir sahen, daß deutsche Patrioten und christliche Arbeiterführer die größte Kriegshetze in Deutschland betreiben. —

Kollege Fritz Kummer forderte in Nr. 33 der Metallarbeiter-Zeitung zu Studienreisen auf. Ich unterstützte seinen Vorschlag, machte aber allen Kollegen, die Auslandsreisen machen wollten dringend raten, nie, nie, nie mit einer Reichsmaßgeschicklichkeit zu reisen. Die Rücksicht, die man auf die verschiedenen Gesinnungen nehmen muß, verderben die Freude und Lust an allem. Soll die Reise bestimmten Zwecken dienen, dann verbitde man sich mit feines- leichten; soll sie jedoch eine Studienreise im wahren Sinne des Wortes sein, so rüste man sich mit dem notwendigen Wissen aus und reise — allein!

Die Geschichte von der wunderbaren Maschine.

Als ich den Grund zu meiner Lausbahn und meinem Glück als Maschinenkerer legte, lernte ich bei einem Schenken in den Red Islands Werkstätten in Chicago als Schraubenschneider anfangen. Ich wohnte in einem Hause, das mit Locomotivführern und -Geizern gefüllt war. Es waren da nur wenige Maschinenbauer und bei so

wöhnlich „an allen Gliedern krank“. Sie zehnel sich durch schlechte Arbeitsräume, lange Arbeitszeit, schlechte Einrichtungen, schlechte Arbeitsorganisation mit Warten auf Arbeit das einmal und Ueber- getarbeit mit Hitze und Antreiben das anderemal, schlechtes Material zur Verarbeitung, schlechte Wohnen, unregelmäßige Lohnzahlung und noch manche andere „Annehmlichkeiten“ aus. Die Bruchbude ist ein Laubenschlag, in dem ein fortwährendes Ein- und Ausfliegen stattfindet und wo der ewige Wechsel das einzige Bleibende in der Erscheinungen Flucht ist. Hier kann man das ganze Jahr hindurch jeden Tag „dauernde Arbeit bei höchstem Lohn“ haben, denn es macht immer gerne der eine dem andern Platz.

Aber das ist gerade der große Fehler. Bei dem steten Wechsel von Arbeitern bekommt der Bruchbudenbesitzer trotz der ungünstigen Arbeits- und Lohnbedingungen halt doch seine Arbeit gemacht und er hat so eine billige Produktion, die ihm den gesuchten fetten Profit bringt. Dann und wann bleibt vielleicht ein Arbeiter etwas zu lang, er verankert sich unvorläufigerweise am Orte durch eine Familien- erbindung, und so gewinnt womöglich der Bruchbudenbesitzer gar noch einen Stamm von Arbeitern, die ihm die Fortführung seines rückfängiger Betriebes mit dem häufigen Wechsel der übrigen, meist ledigen Arbeiter gestatten. So kann er auch seinen Konkurrenten Schmutzkonkurrenz auf Kosten seiner Arbeiter machen und indirekt auch die Arbeiter bei seinen Konkurrenten durch Lohnrückerei schädigen.

Wir finden daher, daß es nicht die beste Taktik ist, eine Bruchbude so schnell wie möglich wieder zu verlassen und den selbst erlebten Reinsfall auch allen Nachfolgern zu sichern; sondern die bessere Taktik ist, zu bleiben und von dem Bruchbudenbesitzer die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu fordern, auch auf die Gefahr hin, deswegen hinausgeschmissen zu werden. Sind es ihrer mehrere und wiederholt sich die Aktion öfters, so wird schließlich doch ein Erfolg erzielt und aus der Bruchbude noch ein ansünderlicher Betrieb gemacht werden können.

Dieser notwendigen und wichtigen Aufgabe sollten sich lebige Gewerkschafter und tüchtige Berufsarbeiter unterziehen, und zwar könnte die Sache von den zuständigen Verwaltungsstellen ganz planmäßig organisiert werden. Dieses Vorgehen wäre auch zweckmäßiger und wirksamer als die Sperreverbängung, die doch nur die Verbandsmitglieder im Verbandsorgan lesen und auch befolgen, während die Unorganisierten davon entweder keine Kenntnis erlangen oder, wenn das der Fall ist, erklären, die Sperre gehe sie nichts an, sie seien gar nicht im Verband. Kann arbeiten in den Bruchbuden bedürftis- und anspruchslöse Unorganisierte, helfen, die schlechten Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten und werden dadurch zu Lohnrückern und eventuell auch zu Streikbrechern erzogen, die von dem Lohn hoch erfreut sind, für den die streikenden Arbeiter nicht mehr weiterarbeiten wollten und die erst recht glücklich sind über die außerordentlich hohen Löhne, die häufig während der Dauer des Kampfes den Streikbrechern meist guter Verwaltung gezahlt werden.

„Hort mit den Bruchbuden!“ muß unsere Parole lauten, und wenn auch in dieser Kampagne lebige Arbeiter gemäßigert und aus der Ruhe hinausgeworfen werden, so ist das kein Landesunglück. Andernfalls wären sie ja sowieso ohne die Kampagne selbst wieder gegangen und so tritt einfach zur Durchführung des Planes ein anderer Kollege an ihre Stelle. Der hinausgeworfene Arbeiter aber kann sich eine andere und bessere Arbeitsstelle nach dem Grundsatze des Zimmermanns suchen: „Nichts verhaßt, ein anderes Holz her.“

Die „soziale Woche“ in Zürich.

Der internationale soziale Kongress fanden in den Tagen des 6. bis zum 12. September in Zürich statt, was gewiß quantitativ recht viel, zu viel ist, aber fortigert wird durch die meistens beachtlichen Ergebnisse der Veranstaltungen, deren Besucher zum größten Teil bürgerliches Publikum helder Geschlechter aus den verschiedensten Ländern — selbst aus dem fernen Japan — waren. Der Reihe nach folgten sich der Kongress der Internationalen Vereinigung zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit, der Internationalen Heimarbeiterschulungskongress, die Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeitererziehung und der Kongress für Sozialber-

Der erste, am 6. und 7. September abgehaltene Kongress der Internationalen Vereinigung zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit wurde von Herrn Leon Bourgeois aus Paris geleitet und ihm zur Seite stand Herr Dr. Richard Freund aus Berlin. Aus der deutschen Reichshauptstadt war auch der Direktor der arbeits- tiftlichen Abteilung des Reichsamts für Statistik, Dr. Jacher, erschienen. Gewerkschaftsvertreter waren nur aus der Schweiz (Sekretär Hugaler), Belgien (Anseele), Italien, Frankreich und Ungarn anwesend, die deutschen Gewerkschaften waren nicht vertreten. Es hatten sich 70 Delegierte aus 26 Staaten eingefunden, worunter auch Vertreter von zehn Landesregierungen. Die Vereinigung zählt in 21 Ländern 875 Mitglieder.

vielen Eisenbahnern kamen sie gar nicht zur Geltung. Beim Abendessen waren die Locomotivleute natürlich ebenfalls in der Mehrheit und das Hauptthema ihrer Unterhaltung bildeten ihre Großtaten, wie sie die größten Ertugungen ohne Hilfsmaschinen überwinden haben wollten. Dies wurde gelegentlich abgewechselt durch Berichte über kleinere Vorkommnisse, wie zum Beispiel die Heldentat des Tom Briggs, als die 796 eine Schieberkluft brach, oder wie Ed Norris beim Einabtaufen von Valley Hill eine Pleuelstange brach und was dergleichen Heldentaten mehr waren.

James Kierney, der in der Werkstatt an der Drehbank stand, sah mir bei Tisch geherüber und er wurde des Geschwäges allmählich überdrüssig. Auch wandelte ihn das Gefühl an, in dieser Gesellschaft einmal sich selber reden zu hören. An einem Abend, als gerade eine Pause in dem stillen Gespräch entstand, rief er laut zu mir herüber: „Allo heute bin ich ein wenig umhergegangenen und habe die neue Maschine gesehen. Es ist erstaunlich, was für seine Arbeit sie macht.“

„Wie funktioniert sie denn?“ erkundigte ich mich. „Allo höre“, sagte James, „mit Hilfe einer Bedalborrichtung verwickelt ein Seel einen hin- und hergehenden Antrieb in eine Kreisbewegung. Der Hauptteil der Maschine ist eine große Schwelbe, die sich in einer senkrechten Ebene dreht. Durch eine Achse wird auf diese Schwelbe die Kraft übertragen und dies geschieht so, daß, wenn die Welle sich auch nur mäßig schnell dreht, sich an der Arbeitsstelle des Apparates doch eine hohe Geschwindigkeit einstellen kann. Da können nun durch einfaches Aufpressen Stücke von härte- dem Stahl in die Gassen gebracht werden, die ein geschliffener Arbeiter ihnen zu geben wünscht.“

„Was zum Teufel ist das, ist denn das für eine komplizierte Maschine?“ fragte Tom Briggs. „Das ist — ein neuer Schweißstein“, antwortete James. Darauf betel die Gesellschaft ein Schweißgen, das man mit einem Messer hätte schneiden können. (Amalgamated Engineers' Monthly Journal.)

Behandelt wurden Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenstatistik, Vergebung der öffentlichen Arbeiten und Bibliographie über Arbeitslosigkeit. Für die internationale Berichterstattung über Arbeitsvermittlung legte Direktor Zacher (Berlin) einen ausführlichen Erhebungsbogen vor und erläuterte ihn eingehend. Dr. Jencenaj (Budapest) referierte über Arbeitslosigkeit und Wanderung der Arbeiter und führte seine Ausführungen in sechs Thesen zusammen, die folgendes verlangen: 1. Eine internationale Statistik über den Umfang der Wanderungen überhaupt, und zwar in Verbindung mit dem Bureau für internationale Statistik; 2. regelmäßigen internationalen Austausch von Berichten über die Lage des Arbeitsmarktes nach einheitlichem Formular; 3. Organisation des nationalen Arbeitsmarktes nach den Erfahrungen Jiffers 2 und als Basis für den Wanderungsverkehr; 4. Bezeichnung der sozialen Probleme der Einwanderungsgesetze in Verbindung mit dem Bureau für internationalen Arbeiterschutz; 5. Nachforschung nach den Ursachen der Auswanderung in den einzelnen Ländern und der organischen Reformen, diese zu beheben; 6. internationale Verständigung über Gesetze und Bestimmungen betreffend Einwanderung und Auswanderung; gemeinsamen familiären Schutz der Wandernden; gemeinsamen gesetzlichen Auswandererschutz; Herabsetzung der Post- und Wechselkursen für Auswandererleistungen; Zusammenwirken der Arbeitsämter gegen die Auswanderungsagenten und endlich Gegenseitigkeit der Arbeiterschutzesetze, die Klagerung fremder Arbeiter in Staatsbetrieben etc. — Diese Thesen wurden angenommen und den Landesdelegationen zur Berichterstattung überwiesen. Aus der Diskussion ist erwähnenswert die Rede Dr. Freund (Berlin), der die Ausländerfrage auf dem Arbeitsmarkt der handelspolitischen Frage: ob Schutzoll oder Freihandel, zur Seite stellte und sich dahin erklärte, für einen Schutz des inländischen Arbeitsmarktes gegen kulturell tiefstehende Ausländer zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit eventuell sogar unter Aushebung der Freizügigkeit einzustehen. Ein solcher „Arbeitschutz“ wäre ein sehr gefährliches Danaergeschenk, wobei man sich auch gegenwärtig halten mag, daß Herr Freund zu den Sozialisten gehört.

Die Frage der Vergütung der öffentlichen Arbeiten in Rücksicht auf die Verletzung von Arbeitslosen behandelte Herr Treub aus Holland. Er verlangte die Vergütung von Arbeitern, die auch in der unglücklichen Jahreszeit ausgeführt werden können, auf diese; ferner die Ausrottung von Sumpfland u. s. w. sowie die Auf- und Durchforschung von Wäldern, um damit Arbeitsgelegenheit und produktives Land zu gewinnen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen.

Über die Bibliographie konnte wegen Mangel an Zeit nicht mehr verhandelt werden und wurde sie deswegen dem Bureau überwiesen. Die Literatur über die Arbeitslosigkeit zählt bereits 3000 Nummern. In mehreren Ländern erscheinen sechs regelmäßige Publikationen, zwei in deutscher, zwei in holländischer Sprache, sowie eine französische und eine ungarische Zeitschrift.

Auf dem im Jahre 1913 in Gent stattfindenden Kongress soll in der Hauptsache über die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit verhandelt werden.

Höheren sozialpolitischen Wert kann man diesem Kongress und seinen Beschlüssen kaum belegen, obwohl offizielle Persönlichkeiten dabei mitgewirkt haben. Man bleibt höchst im Stadium der vorbereitenden Studien und fördert praktisch die Lösung des Arbeitslosenproblems so wenig, daß die Arbeiter noch wie vor auf die organisierte Selbsthilfe in ihren Gewerkschaften und mit den eigenen Mitteln angewiesen sind.

Am Sonntag und Montag tagte im Volkshaus der Internationale Heimarbeiterskongress, den wir gleich von vornherein als eine beachtenswerte sozialpolitische Kundgebung bewerten möchten. Wurde der Kongress betreffend die Arbeitslosigkeit von Regierungsrat Kägeli (Zürich) begrüßt, so entbot dem Heimarbeiterskongress unser Genosse Creulich den Willkommensgruß im Namen der heimarbeitersetzlichen Sektion der internationalen Verbindung und des Volkshausvereins. Er wünschte, daß die Verhandlungen des Kongresses das große Problem seiner Lösung einen Schritt näher bringen möchten. Er freute die verschiedenen Städten im Heimarbeiterschutz, die Hilfe der Arbeiter für die Heimarbeiter, die Verjüngung der Organisation der letzteren, die hauptsächlich an den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Heimarbeiter scheiterten. Die Hilfe von außen her hat sich für die Heimarbeiter als absolut notwendig erwiesen, um die Selbsthilfe wirksamer eingreifen zu lassen. Wir begrüßen es, daß viele Kreise die Vorarbeiten zum Heimarbeiterschutz beenden und zu Vorschlägen an die Regierungen übergehen. Creulich sprach weiter den Wunsch aus, die verschiedenen Kongresse der sozialen Woche möchten Hand in Hand arbeiten zur Verbesserung des Loses des Proletariats, um diese Klasse des Volkes aus dem menschenunwürdigen Zustand, in denen sie lebt, herauszureißen.

Der Kongress war von 243 Teilnehmern besucht, von denen die Schweiz das Gros von 65 Mann stellte. Dann folgten Frankreich mit 59 und Belgien mit 49 Delegierten, Deutschland mit 16, Holland mit 19, Ungarn mit 8, Italien mit 8, Spanien mit 6, England 4, Österreich und Vereinigte Staaten je 3, Luxemburg, Rumänien, Portugal, Rußland, Schweden mit je 2, Dänemark und Japan mit je 1. Es waren 19 Staaten vertreten. Die eleganten Damen von der sozialen Kammer aus der Schweiz, Frankreich, England etc. sowie die vielen eleganten Herren, Professoren etc., sogar ein russischer Geheimrat aus Petersburg, und dann die wohlgekleideten katholischen Geistlichen aus Deutschland und Frankreich gaben ein etwas seltsames Bild von einem Heimarbeiterskongress, dem die Heimarbeiter fehlten. Immerhin waren die Gewerkschaften vertreten, namentlich die schweizerischen und deutschen, für die die Genossen U. M. Breit, Stühmer, Schippel und andere erschienen waren und die sich sehr aktiv an den Kongressarbeiten in den Sektionen beteiligten. Die folgende Tagesordnung umfaßte: 1. Heimarbeiterschutzgesetz; 2. Systeme der Heimarbeit und bezügliche Gesetzgebung; 3. Gewerkschaften und kollektiver Arbeitsschutz und 4. Stellung der Frauen zur Heimarbeit.

Die Sektionen hatten programmäßig bis Freitag mittag ihre Arbeiten beendet, worauf am Samstag die Plenarsitzung zur Entgegennahme und Erledigung ihrer Anträge tagte. Es wurden da recht wichtige Beschlüsse gefaßt. So fand der von der belgischen Sektion des internationalen Heimarbeiterskongresses vorgeschlagene Bescheidungsbeschluss von 16 Paragraphen mit einigen Verbesserungen Annahme, der den Regierungen, Lohnbesetzern, hygienischen Organisationen, Lohnämtern mit paritätischer Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmervertretern zur Festsetzung von Mindestlöhnen verpflichtet. In der Sektion war unter dem französischen Vorsitz von Prof. Dr. Treub (Paris) lebhaft um die Vorlage gebrütelt worden, auch noch in der Plenarsitzung, in der sie jedoch schließlich ohne eine gegenwärtige Stimme angenommen wurde. Auf Antrag des Genossen Umbreit wurde noch beschlossen, den Bescheidungsbeschluss des internationalen Heimarbeiterskongresses in Anlehnung an den Regierungen zu schicken zu lassen.

Der deutsche Berichterstatter darüber war Dr. Pieper (M. Gladbach), und es hat die Gewerkschaften interessiert, den Texten der angenommenen gesetzlichen Gewerkschaftsrichtlinien kennen zu lernen. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Resolution mitteilt, die von der Sektion der Gewerkschaften und Lohnbesetzern unter dem Vorsitz unseres Genossen Umbreit beschlossen und in der Plenarsitzung angenommen wurde. Die Resolution lautet: 1. Die dritte Sektion des zweiten internationalen Heimarbeiterskongresses beschließt: Die wirtschaftliche, soziale und hygienische Situation der Heimarbeit ist ein verheerendes und schmerzhaftes Zusammenstoßen der gesetzgebenden und gewerkschaftlichen Kräfte. 2. Sie spricht die Ansicht aus, daß die bestehende Durchsetzung der gesetzlichen Maßnahmen ohne eine ausreichende gewerkschaftliche Organisation sehr schwierig ist. 3. Die dritte Sektion ist der Ansicht, daß von internationalen Standpunkt aus das beste Mittel zur Verbesserung der Lage der Heimarbeit und Heimarbeitern eine soziale Dienstorganisation ist. 4. In der Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblicke die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter noch nicht in allen Ländern in aus-

reichendem Maße verwirklicht ist, spricht sie die Ansicht aus: a) daß eine systematische Propaganda zu entfalten sei, um die Heimarbeiter von der Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und in ihnen die Solidarisität zu wecken; b) daß das Eingreifen der Gesetzgebung für die Regelung der Heimarbeit überall notwendig ist, um den bestehenden Mißbräuchen abzuhelfen. 5. Die Sektion wünscht, daß die Gesetzgebung so beschaffen sei, daß sie alle Hindernisse gegen die gewerkschaftliche Organisation beseitigt, die Mitarbeit der Gewerkschaften für die Bildung von Lohnämtern fördert und den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen rechtsverbindliche Kraft gewährt und ihre Wirkung auf alle Heimarbeiter des fraglichen Berufes und Bezirkes ausdehnt. 6. Den Gewerkschaften wird dringend empfohlen, mit den Kaufleuten und Konsumvereinen Vereinbarungen zur Sanierung der Heimarbeit abzuschließen.

Weitere Resolutionen betreffen die Veranstaltung von amtlichen und privaten Enqueten unter der Mitwirkung von Ärzten und Lehrern; das Verbot von Heimarbeit mit Vergiftungsgefahren und anderweitige sanitäre Maßnahmen. Zum Schutze der Konsumenten sollen die Heimarbeit für die Lebensmittel- und Tabakindustrie verboten; für anstehende Krankheiten die obligatorische Anzeige (Anzeige) von Heimarbeitern hergestellte Kleider desinfiziert, je nachdem auch vernichtet werden. Bezüglich der Inspektion wird gesagt: a) Es ist ein amtlicher Inspektionsdienst zu organisieren, der namentlich durch Ärzte, Arbeiter und Arbeiterinnen u. s. w. zu besorgen ist. In Ermangelung eines solchen Dienstzweiges ist die Fabrikinspektion auf die Heimarbeiter auszudehnen. b) Das Aufsichtsamt hat die Arbeiterorganisationen und besonders Ärzte, Lehrer etc. zur Erleichterung der Kontrolle und zur Durchführung der Schutzmaßnahmen beizuziehen. c) Im Interesse der in ihrer Wohnung beschäftigten Kinder hat eine ärztliche Inspektion analog der Schulinspektion für alle beschäftigten Minderjährigen Platz zu greifen. d) Außer diesen speziellen Maßnahmen soll die Verbesserung der Lage der Heimarbeiter dadurch angestrebt werden, daß alle Bewegungen unterstützt werden, die auf Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Bevölkerung hinsichtlich Wohnung, rationelle Ernährung, Bekämpfung der Volksplagen, wie Alkoholismus, Tuberkulose, Unwissenheit etc. abzielen. Die hygienischen Kenntnisse sind in allen Schulen, namentlich in den Gewerkschaften zu verbreiten.

Gegen einen Pariser Opponenten, den Hr. Duval-Arnauld, verteidigten Professor Brentano und unser Genosse Fuhsman (Brüssel) die Inspektion der Heimarbeit und besonders die Mitwirkung der organisierten Arbeiter, der Gewerkschaften, ohne die die Heimarbeiterschutzgesetze nur auf dem Papier stehen würden.

Schließlich fand auch noch ein ganzes Bündel Wünsche der sozialen Kammer betreffend die Mitwirkung bei der Agitation, Vermittlung und Durchführung der Kongressbeschlüsse die Zustimmung der Versammlung.

Der internationale Heimarbeiterskongress in Zürich hat im großen ganzen gute Arbeit geleistet. Nur selten die vielen Herren und Damen, die anwesend waren und die Beschlüsse mitgefaßt haben, an ihrem Orte und in ihren einflussreichen Stellungen, namentlich in den Parlamenten und Verwaltungskörperschaften, soviel wie möglich eifrig und ernsthaft dazu beitragen, sie zu verwirklichen und so endlich den Heimarbeitern durch gute Minimallohne das Brot zu geben, dessen sie bedürfen, denn mit gefühlvollen Reden und schönen Beschlüssen allein ist ihnen nicht geholfen, auch nicht mit gesetzgeberischen Halbheiten und Unzulänglichkeiten, wie zum Beispiel das deutsche Heimarbeiterschutzgesetz eine ist.

Abschied der Schmiede-Zeitung.

Der „Tagesdienst“ in der Arbeiterbewegung läßt einem gewöhnlich keine Zeit zu Sentimentalitäten. Dennoch können wir es wohl verstehen, wenn den einen oder den andern von den Kollegen aus dem bisherigen Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen angeht, der am 28. September erschienenen letzten Nummer der Schmiede-Zeitung ein wehmütiges Gefühl überkommt. Wer wollte ihm das verargen oder auch nur darüber spödeln? Im Jahre 1885 gelang es den Schmieden, für ihre Branche einen Zentralverband zu gründen, zu einer Zeit, wo es wegen des damals herrschenden furchtbaren Sozialistengesetzes unter den deutschen Metallarbeitern lebhafteste Meinungsverschiedenheiten darüber gab, welche Organisationsform die zweckmäßigste sei. Als dann 1891 die Gründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erfolgte, mußte es naturgemäß zu Differenzen kommen. Es wird niemand von uns erwarten, daß wir jetzt auf Einzelheiten darüber eingehen. Was die Geschichte ihr Urteil darüber sprechen. Jeder Beteiligte war nach bestem Ermessen bestrebt, der Gesamtheit zu dienen. Nicht zum mindesten war dies bei den verschiedenen Redakteuren des Verbandsorgans der Schmiede der Fall. In dem Abschiedsartikel wird darüber unter anderem gesagt:

„Heute ist diesem Wirken ein Ziel gesetzt! Wir müßten lägen, wenn wir sagen wollten, daß wir diesen Umstand freudig begrüßen. Doch nie haben wir ein Wohl daraus gemacht, daß wir die Interessenvertretung unserer Berufskollegen am besten in einer besonderen beruflich geleiteten Zeitung aufgehoben glaubten. Fortan sind dieser Interessenvertretung engere Grenzen gezogen, denn es ist unmöglich, daß dort, wo so viele Berufe ihre Vertretung suchen, jeder einzelne ein besonderes ausgedehntes Feld finden könnte. Das liegt in der Natur der Sache.“

Aber manches hat uns im Laufe der Zeit mit dem Gedanken des Aufgebens unseres Organs ausgefüllt. Wir erkennen an, daß das Organ einer Organisation mit über einer halben Million Mitglieder einen weit bedeutenderen Einfluß auf die Öffentlichkeit, auf Gesetzgebung und Unternehmer ausüben könnte, als dies unser Verbandsorgan je vermochte. Wir erkennen weiter an, daß auch in Bezug auf Vertretung unserer engeren Berufskollegen jenes Organ großes leisten kann, wenn unsere Kollegen es an der Mitarbeit nicht fehlen lassen. Und wir erkennen endlich an, daß jenes Organ durch seinen größeren Umfang bedeutend mehr Aufführungsarbeit verrichten kann als unser bisheriges Verbandsorgan, wenn — unsere Kollegen das Blatt aufmerksam lesen und seine Lehren beherzigen.“

Auch der Vorstand nimmt das Wort zu einer herzlich gehaltenen Abschiedsrede. Im übrigen werden die letzten Vorkehrungen für einen geordneten Übertritt getroffen und es herrscht offenbar allenthalben das eifrige Bestreben, sich dem neuen Zustand anzupassen. Das beweisen nicht zum mindesten die schon an vielen Orten abgehaltenen gemeinsamen Schmiedeverksammlungen.

Wir hoffen und wünschen, daß die Fortentwicklung unsere Kollegen vom Schmiedeverband nicht ruhen möge. Mögen alle die Schlusssprüche im Abschiedsgebet der Schmiede-Zeitung beherzigen, wo es heißt:

„Mit unsern Arbeitsbrüdern Hand in Hand
Wohin wir fortan der Zukunft Wege schlagen!
Metallarbeiter: das ist ihr Band,
In dem wir hoch das alte Banner tragen!
Was wir gewinnen, bleibe wir! Die Macht,
Die wir besitzen, wird sich halten, weiten,
Wenn wir, vereint mit andern, durch die Macht
Des Alltagslebens froh zum Morgen schreiten!“

Nur müßte sich zum Ziel verteilte Kraft —
Ihre alten Ziele, denn wir auch nur uns wehren:
Wir wollen aus der Welt der Lohnschlepperei
Den Bruder Schwand erlösen und befreien!
Und wie ihr Name heißt fort und fort
Jahresrechnung im alten Schmiedebande,
So bleibe treu! — Das ist das Abschiedswort
Der Schmiede-Zeitung in der Tageskante.

Das Genossenschaftswesen.

Wenn man angeht die weiteren Steigerung der Fleischpreise, die zu einer wirklichen Fleischverknappung geworden ist, einen Blick auf die Umverhältnisse in den deutschen Konsumvereinen wirft, so findet man, daß auch die schroffsten Bedrückungen des Wirtschaftslebens der Familien der minderbemittelten Bevölkerungsklassen nicht hinreichen, um in jenen eine sichtbare Steigerung herbeizuführen. Dabei ist der Stand der Durchschnittszahlen des Jahresumsatzes eines einzelnen Mitgliedes ein so niedriger, daß er verdreifacht werden könnte. Während nämlich in England der Gesamtumsatz der 2 1/2 Millionen Mitglieder rund 2500 Millionen Mark beträgt, dem also ein Durchschnittsumsatz von 1000 M auf ein Mitglied entspricht, werden von den nahezu 2 Millionen deutscher Konsumvereinsmitglieder für kaum 550 Millionen Mark Waren im eigenen Geschäft eingekauft, was einem Durchschnitt von nur 275 M auf ein Mitglied gleichkommt. Für die 1 1/2 Millionen Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beträgt nach dessen statistischer Aufnahme für das Jahr 1911 der Durchschnittsumsatz 262 M, für die 300 000 Mitglieder des Allgemeinen Verbandes (Erüger) gar nur 259 M pro Mitglied, so daß im ganzen genommen der oberflächlich berechnete Durchschnittsumsatz von 275 M pro Mitglied noch zu hoch sein dürfte und ein Durchschnitt von nur 260 M pro Jahr und Mitglied in den deutschen Konsumvereinen den tatsächlichen Zustand der Dinge bezeichnet. Das ist ebenso bedauerlich wie bezeichnend. Bedauerlich, indem dieser lächerlich geringe Durchschnitt die Vereine gar nicht dazu gelangen läßt, die ihrer ökonomischen Bedeutung beizumessende Wirksamkeit überhaupt richtig zu entfalten; bezeichnend, indem neben dem Not- und Weggeschrei in Protestdemonstrationen etc. über Hungerpreise auf allen Gebieten der Lebensmittelversorgung eine nahezu vollkommene Indifferenz gegenüber den Konsumvereinen zu verzeichnen ist, die als wirtschaftliche Ausgleichsfaktoren doch immerhin den Beweis ihres wirtschaftlichen Nutzens für die minderbemittelte Bevölkerung hinlänglich erbracht haben. Diese Indifferenz zeigt sich mit vollkommener Deutlichkeit in den Umsatzzahlen, denn eine allgemeine Preisbewegung nach oben hat schon seit dem Jahre 1906 eingeleitet und in diesen Jahren haben die Mitglieder der Konsumvereine, von denen nahezu drei Viertel Arbeiterfamilien sind, mit einer tatsächlichen Steigerung ihres Umsatzes nicht reagiert. Wintmal erhöhte Durchschnittszahlen sind fast ganz auf das Konto erhöhter Warenpreise zu setzen.

Und welchen Dienst könnten die 2 Millionen Mitglieder der Konsumvereine nicht leisten und der genossenschaftlichen Wirtschaftsentwicklung leisten! Nach dem durchschnittlichen Haushaltsbudgets von Arbeiterfamilien können diese aus einem Konsumverein im Jahresdurchschnitt für mindestens 800 M Waren beziehen, wobei die englische Durchschnittszahl von 1000 M immer noch um 20 Prozent voraus wäre. Sofern ein Durchschnitt von 800 M aber trotzdem beansprucht werden wollte, weil ein großer Teil von Arbeiterfamilien in den Industriegebieten auf dem Lande wegen geringeren Einkommens als in den Städten, oder weil kleinere Konsumvereine eine beschränktere Geschäftstätigkeit ausüben, diesen Durchschnitt nicht erreichen könnten, so ist dem entgegenzuhalten, daß die übrige halbe Million deutscher Konsumvereinsmitglieder sich aus sozial besser gestellten und darum kaufkräftigeren Schichten der Bevölkerung zusammensetzt (Beamte, Lehrer, Handwerker, höher entlohnte Arbeiter in den Städten), die nach den Erfahrungen in den größeren Konsumvereinen für 1000 bis 1500 M Waren konsumieren, so daß also in gleicher Weise wie in England ein Durchschnitt hergestellt wird, der angesichts der Einkommens- und besonders der Bedarfsverhältnisse in keiner Weise zu hoch gegriffen ist. Wenn man die großen Konsumvereine in den Städten allein betrachtet wollte, die ja auch den Löwenanteil der Mitglieder und des Gesamtumsatzes stellen, dann ist auch ein Durchschnitt von 800 M noch zu niedrig gegriffen.

Wäre man aber nur bei diesem Durchschnitt, so müßte sich bei einem für Ende 1912 als sicher anzunehmenden Stand von 2 Millionen deutscher Konsumvereinsfamilien ein Gesamtumsatz von 1600 Millionen Mark ergeben gegenüber einem von nur zirka 600 Millionen. Das würde zunächst bedeuten, daß die Rückvergütung für die Mitglieder, die infolge einer solchen Umverteilung auf mindestens 10 Prozent durchschnittlich zu berechnen ist, von zirka 50 Millionen auf 160 Millionen Mark steigen würde, oder von 25 M auf 80 Mark für das einzelne Mitglied. Immerhin eine ganz hübsche Leistung aus dem einfachen Umstand, daß die Hausfrauen der Konsumvereinsmitglieder in dieser Zeit wirtschaftlicher Leuerung und Not bei Heller und Niennig ihre Waren im eigenen Geschäft, im Konsumvereinsladen, hatten, statt aus irgend einem Grunde ihr Haushaltsbudget in den Ausgaben für den Konsumverein und den Krämer zu teilen. Die Konzentration der Kaufkraft steigert diese selbst wieder durch den erhöhten wirtschaftlichen Nukleus, der erzielt wird. Es ist die Schraube ohne Ende, nur im ungelährten Sinne als das Wort für Kriegstrüfung — Steuer und Zoll — Leuerung geprägt worden ist.

Dies Beispiel zeigt indes nur die eine Seite der wirtschaftlichen Bedeutung einer entweder unter dem Einfluß der Leuerung oder dem der besseren wirtschaftlichen Erkenntnis zustande gekommenen Steigerung des Warenumsatzes in den Konsumvereinen. In höherem Maße würde sich diese Bedeutung in der zunehmenden Leistungsfähigkeit der Vereine offenbaren, die natürlich immer wieder — siehe Schraube ohne Ende — zunächst den Mitgliedern, letzten Endes aber der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen müßte. Es ist doch ganz klar, daß bei einem solchermaßen gesteigerten Warenumsatz die Unkosten der Verwaltung ohne weiteres bedeutend sinken müßten. Nahezu alle Unkosten der Miete, Heizung und Beleuchtung, der Einrichtung von Verwaltungs- und Lagergebäuden, Läden etc. würden um keinen Pfennig gesteigert; dagegen würde eine gesteigerte Leistung vorhandener Maschinen, das heißt eine bessere Verwertung alles investierten Kapitals erfolgen und demgegenüber nur eine Unkostenvermehrung durch verstärktes Personal, vermehrte Zufuhr etc. entstehen, die aber kaum den zehnten Teil der ersparten Unkosten abfordern würde. Es wäre dann den beteiligten Vereinen möglich, neben einer reichlicheren Rückvergütung an die Mitglieder Spezialreferenzen für Betriebsvermehrungen, für Errichtung von Eigenproduktionszweigen etc., das heißt solche Rücklagen zu machen, daß durch die herbeizuführende finanzielle Fundierung den großzügigsten Projekten Rechnung getragen werden könnte. Besonders die größeren Vereine in den Städten, wo 2 bis 3 Prozent Reingewinn mehr gleich 50 000 oder gar 100 000 M Reserve-Rücklage im Jahr bedeuten, würden in verhältnismäßig kurzem Zeitraum in den Stand gesetzt, die Fleischversorgung ihrer Mitglieder und auch derer von benachbarten Vereinen durch Errichtung eigener Schlächtereien in die Hand zu nehmen. Daneben würde anderen, weniger kapitalkräftigen Vereinen immerhin die Möglichkeit geboten sein, durch Einrichtung moderner Gefrier- und Kühlräume bei der Einführung von Gefrierfleisch oder Abnahme von frischem Fleisch aus dem Ausland oder von den Konsumvereinsfamilien Schlächtereien der großen Brudervereine Fürsorge für die genossenschaftliche Fleischversorgung

In solchen Bezirken zu treffen, die für die Errichtung eigener Schlichterereien nicht in Betracht kommen können.

Mit dem Hinweis auf die Voraussetzungen zur Errichtung eigener Schlichterereien und Kühlanlagen durch die Konsumvereine sollen zunächst nur an einer gerade aktuellen Frage die Möglichkeiten einer unanfechtbar volkswirtschaftlichen Tätigkeit und Entlohnung des Konsumvereinswesens aufgezeigt werden.

Die demokratische Form der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation bringt es mit sich, daß die Konsumvereine nicht wie Aktiengesellschaften, Kartelle etc. Milionenkredite in Anspruch nehmen können, um Großzügiges in der Volkswirtschaft zu leisten.

Es bleibt also vornehmlich und immer wieder für die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen ein reiches und fruchtbares Feld wirtschaftlicher Tätigkeit zu besetzen, ja, zunächst gegenüber der Fleisch- und andern Teuerung die vorhandenen Mittel erst einmal intensiver auszunutzen, statt desfalls zu beginnen, zu deren erfolgreicher Durchführung die Voraussetzungen fehlen.

An Stelle von Verwertungsaktionen, für die da und dort gearbeitet wird, sehe man intensiver Gewerkschaftsarbeit und ein tüchtiges Stück genossenschaftlicher Wirtschaftsentwicklung in der flüchtigen Weise, dann ist praktisch mehr gegen die Teuerung getan als durch Phantasomagorien, die nur bewirrend, schädigend, lähmend wirken können.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 6. Oktober der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 1912 fällig ist.

Als Bezirksleiter für den 2. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist der Kollege Otto Hande (Berlin) gewählt worden, wovon wir die Verwaltungen hiermit benachrichtigen.

Ungepflogen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Mühlhausen i. G.:**
 - Der Schlosser Robert Klaus, geb. am 14. Februar 1889 zu Mühlhausen i. G., Buch-Nr. 1.955361;
 - der Mechaniker Henri Mude, geb. am 5. Mai 1888 zu Mühlhausen i. G., Buch-Nr. 1.955372;
 - der Schlosser Franz Köpfer, geb. am 10. Juni 1893 zu Gollmar i. G., Buch-Nr. 1.955355;
 - der Mechaniker Lucian Fugold, geb. am 15. September 1884 zu Thann i. G., Buch-Nr. 1.955374;
 - der Schlosser Constant Vincent, geb. am 17. März 1882 zu Rixheim, Buch-Nr. 1.955375, sämtliche wegen Streikbruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Hammeln:**

- Der Schlosser Hermann Burkhardt, geb. am 3. November 1893 zu Becklingen, Buch-Nr. 7, wegen Diebstahl;
- der Schlosser Karl Groß, geb. am 28. Mai 1885 zu Eldagsen, Buch-Nr. 2, wegen Nichtbezahlung seiner Logischulden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Stuttgart:**

- Der Elektromonteur Karl Fluhr, geb. am 22. Oktober 1889 zu Metzingen, Buch-Nr. 723655, wegen Nichtbezahlung von Beitragsverurteilungen.
- der Mechaniker Jakob Wicker, geb. am 10. Juni 1893 zu Bergheimen, Buch-Nr. 57674, wegen Nichtbezahlung seiner Logischulden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Swinemünde:**

- Der Klempner Otto Lau, geb. am 22. Mai 1883 zu Thorn, Buch-Nr. 515827, wegen Unterzählung.

Auf Antrag der Bezirksleitung des **9. Bezirks:**

- Der Sieder Henry Hamann, geb. am 7. April 1873 zu Gebweiler, Buch-Nr. 129686, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern. (Mühlhausen i. G.)

Zur Beachtung! • Zugung ist fernzubalten:

- von **Tragzählern** nach Adl. Ehrenfeld (Firma Wahlen) M.;
- von **Rechern, Maschinenarbeitern, Schlossern** etc. nach Dortmund (Firma Feld und Hebing) nach Altdenhausen (Ja. G. Mähr) D.;
- nach **Pillen** (Hödelwerk) D.;
- von **Elektromonteur** nach Roden (Schweiß) L.; nach **Dänemark**, L.; nach **Helfers** (Kinnland) Str.; nach **Schwärz**;
- von **Feilenherstellern** und **Feilenwerkstätten** nach Döbenitz (Firma Brünnel); nach **Stall** (Söhenberg bei Klein) (Feilenfabrik G. Lang) M.;

- von **Formern, Sieberarbeitern u. Keilmachern** nach **Aachen** M.; nach **Arnstadt** (Firma W. Menger & Co.) M.; nach **München-Ladbach** (Firma Gebrüder Membold) D.; nach **Niederösterreich**, St.; nach **Reichenberg i. Böhmen** (Firma Chr. Linjer, Metallwarenf.) M.; nach **Waren in Mecklenburg-Strelitz**, St.; nach **Witten (Annener Gießhütte)** D.;
- von **Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Rifeuren** und **Hilfsarbeitern** nach **Liegnitz** (Firma Sandig & Co.); nach **Norwegen**, v. St.; nach **Dänemark**, L.;
- von **Gravuren** nach **Liegnitz** (Ja. Sandig & Co.);
- von **Spinnmaschinenarbeitern** nach **Berlin** (Firma Matthaen);
- von **Klempnern aller Art u. Installateuren** nach **Hersford**, St.; nach **Jserlohn**, St.;
- von **Kupfer Schmieden** nach **Crimmitschau**, St.; nach **Hersford**, St.;
- von **Metallarbeitern aller Branchen** nach **Altwasser** (Fürstensteiner Gruben) M.; nach **Apenrade** (Kleinbahnwerkstätte) M.; nach **Belgrad** (Firma Gebr. Bogjowac, Maschinenfabrik) St.; nach **Brunsbüttel** (Ja. Holzmann) St.; nach **Budapest** (Ganz & Co., elektrotechnische Fabrik) D.; nach **Düsseldorf** (Ja. Gebr. Zuden, Fittingswerk; Wönte & Co., Fittingswerk; Stahlwerk Decking Aktiengesellschaft) v. St.; **Döberitzer** (Stahlwerk A.-G. D.; nach **Eger** (Böhmen) (Premier-Fahrradwerke) Str.; nach **Freudenstadt** (Ja. Gebrüder Schmid) M.; nach **Göblasbrunn** bei **Wilhelmsburg** in **Osterreich** (W. Schmid Söhne) Str.; nach **Göttingen**; nach **Hersford** (Ja. Fleisch, Maschinenfabrik u. Eisen-gießerei) St.; nach **Herzberg** bei **Osterode** (Ost. Eisenwerk Franz & Co.) D.; nach **Laningen** bei **Lugsburg** (Firma Ködel & Böhm) D.; nach **Ludwigshafen** (Firma Zimmermann) St.; nach **Mezingen** (Ja. Hermann Lamparter Nachf.) Str.; nach **Nesseldorf** in **Mähren**, St.; nach **Hainfeld** o. d. **Göllen** in **Osterreich** (Hanns Söhne, Spohn) Str.; nach **Nemscheib** (Machschneiderei, W. Fr. Klingenberg Söhne) St.; nach **Schönebeck** (Fahrradfabrik „Metall-Industrie“) Str.; nach **Stuttgart-Ganustatt** (Südb. Schleifmaschinenpepalfabrik) Str.; nach **Teplih** i. Böh. (Ja. Hirschbrich) St.;
- nach **Wels i. Osterreich** (Firma Litania) St.;
- von **Metallschlägern** nach **Lechhausen**, D.;
- von **Schleifern** nach **Geveling** (Firma Dössel) D.;
- von **Schlossern (Bau- u. Maschinenbau)** nach **Bern** v. St.; nach **Elbing**, L.; nach **Hamburg** (Ja. Heyde & Huppert) D.; nach **Posen**, L.;
- von **Schmiedern** nach **Elbing**, L.; nach **Posen**, L.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Mahregelung; N.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akkordreduktion u. f. m.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Vornahme von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzugeben zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Tragzähler.

Düsseldorf. Der Streik der Tragzähler auf dem **W i l h e l m - G e i r i c h - W e r k** ist beendet. Durch Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt und darauf die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firma will dafür sorgen, daß die Mißstände, die wiederholt Veranlassung geben, daß die Kollegen keinen angemessenen Verdienst erzielen, beseitigt werden. In solchen Fällen, wo die Arbeiter ohne ihr Verschulden diesen Verdienst nicht erreichen, sollen sie ausgeschrieben bekommen. Der Preis für die Bleichen wurde von 2,50 M auf 1,50 M herabgesetzt.

Elektromonteur.

Görlitz. Die Zahl der Elektromonteur und Hilfsmonteur. die bei uns im Verband organisiert sind, hat die Zahl von 50 erreicht. Deshalb war es der Wunsch mehrerer Kollegen, eine Sektion der Elektromonteur zu gründen. Dies ist geschehen. Ihre Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, in **Binnert's Restaurant, Jakobstraße 10**, statt. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich in jeder Versammlung zu erscheinen. Zugleich sei bemerkt, daß der **Elektrotechnische Anzeiger** bei **Binner** aushängt.

Heizungsmonteur.

München. Unser im Jahre 1909 abgeschlossener Tarif endete mit dem 3. September 1912. In den zwei Monaten vor seinem Ablauf fanden Verhandlungen wegen seiner Erneuerung statt. Zu den wiederholten Sitzungen der beiderseitigen Kommissionen war keine Einigung zu erzielen. Als aber in einer Monteurversammlung der Beschluß gefaßt wurde, daß die monatlich angefertigten Monteur ihre Kündigung einreichen sollten und nachdem in einem Schreiben unserer Ortsverwaltung auf den Ernst der Situation hingewiesen worden war, riefen die Unternehmer selber das Gewerbegericht zur Vermittlung an. Herr Dr. Sartorius gelang es, nach mehreren Verhandlungen die Basis zu einer Verständigung zu erzielen, und dessen Vorschläge wurden dann in einer vollständig besetzten Versammlung der Monteur und Helfer nach längerer Diskussion einstimmig angenommen. Wenn nun nicht alle Wünsche erfüllt wurden, so haben wir doch gegenüber dem alten Tarif namhafte Verbesserungen erreicht. Unser Verlangen, noch höhere Zuschläge für die Zonen und auswärtige Arbeiter zu erhalten, überreichte an der Furcht der Unternehmer vor der auswärtigen Konkurrenz. Wurden uns doch die Tarife von anderen Städten, speziell auch von Berlin, vorgehalten, wonach es Tatsache ist, daß Monteur von auswärtigen Firmen hier in München arbeiten, die mit ihrer Zulage nicht einmal den hier üblichen Durchschnittslohn bekommen. Für Helfer hätten wir wohl die gleichen Zuschläge wie für Monteur erreicht, jedoch würden diese dann nicht mehr mit hinausgeschickt, sondern Helfer am Platz eingestellt werden. Unsere Forderung, den Akkord ganz abzuschießen, konnten wir nicht durchsetzen, da es wurde uns besonders entgegengehalten und nachgewiesen, daß die Akkordarbeit in den meisten Städten eingestellt sei. Unser Hauptaugenmerk legten wir auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, auf den Arbeitsnachlaß an den Jahrtagen und auf die Lohnverbesserung. Und da wurde in der Versammlung ausdrücklich anerkannt, daß von der Verbands- wie von der Brancheneinigung alles Mögliche getan wurde und daß es keiner Sonderorganisation bedarf, um für die Rohrlegbranche günstige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. In der Versammlung wurde auch der Beschluß gefaßt, an den Hauptvorstand den Antrag zur Einberufung einer Rohrlagerkommission zu stellen, da seit der letzten Konferenz im Jahre 1908 überreicher Beratungsstoff angefallen sei, so daß der Gedanke eines Reichstages propagiert werden sollte. — Die Hauptpunkte unseres neuen Tarifes sind: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt im ersten Tarifjahr 63 und im zweiten und dritten 62 1/2 Stunden. Sie beginnt in den Sommermonaten nicht vor 6 1/2 Uhr morgens und endet nicht nach 6 Uhr abends. Vormittags ist 1/2 und mittags 1 1/2 Stunden Pause. Nachmittags darf Beier von der Arbeit gemacht werden. In den Jahrtagen, die wöchentlich

stattfinden, und an den Vorklagen vor Weihnachten und Neujahr ist im ersten Tarifjahr um 1/2 Uhr und in den folgenden um 12 Uhr ausbezahlt werden. Im Winter bleibt die Einräumung der Arbeitszeit der freien Vereinbarung überlassen. Der Lohn beträgt pro Stunde: für Monteur im ersten Tarifjahr 81 $\frac{1}{2}$ und im zweiten 84 $\frac{1}{2}$, im dritten 86 $\frac{1}{2}$, für Hilfsmonteur 67, 69 und 71 $\frac{1}{2}$, für Hilfsarbeiter 54, 56 und 59 $\frac{1}{2}$, für Helfer im zweiten Jahr 57, 59 und 61 $\frac{1}{2}$. Die beim Vertragsschlusse bezahlten Löhne werden erhöht für Monteur im ersten Jahre um 8 $\frac{1}{2}$, im zweiten um 3 $\frac{1}{2}$ und im dritten um 2 $\frac{1}{2}$, für Hilfsmonteur um 7, 2 und 2 $\frac{1}{2}$, für Helfer um 6, 2 und 2 $\frac{1}{2}$. Davon ist auch die durch die Arbeitszeitverkürzung bedingte Lohnverbesserung enthalten. Eine Überstunde vor und zwei Überstunden nach der regulären Arbeitszeit werden mit 25 Prozent, jede weitere Überstunde, Nachtarbeit und Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen mit 50 Prozent Aufschlag auf den jeweiligen Stundenlohn vergütet. Neu eingeführt wurde ein Zonentarif als Mittelpunkt der Hauptbahnhöfe angenommen. An Zulagen werden gewährt an Monteur für die erste Zone von 0 bis 1,5 Kilometer 0, zweite 1,5 bis 4 Kilometer 40 $\frac{1}{2}$, dritte 4 bis 6 Kilometer 80 $\frac{1}{2}$, vierte 6 bis 8 Kilometer 1,20 M, fünfte 8 bis 20 Kilometer 1,50 M, sechste über 20 Kilometer 1,80 M; an Helfer für die zweite Zone 80 $\frac{1}{2}$, dritte 80 $\frac{1}{2}$, fünfte 80 $\frac{1}{2}$, sechste 85 $\frac{1}{2}$. Von der dritten Zone an wird auch das Fahrgehalt vergütet. Bei Übernachten auswärts erhalten Monteur bei Arbeiten unter 6 Tagen 3,25 M, Helfer 1,50 M, die Zulage für Übernachten über 6 Tage 3 M, Helfer 1,25 M. Die Zulage für Übernachten wird auch für Nichtarbeitstage bezahlt. An den hohen Feiertagen Weihnachten, Silvester, Pfingsten und zum Oktoberfest können die längere Zeit auswärts Beschäftigten auf Kosten der Firma heimfahren. Bei Akkordarbeiten ist der Stundenlohn garantiert und es werden die Zuschläge für Überstunden und Zuschläge unabhängig vom Akkord vergütet. Der Akkordüberschuss wird 14 Tage nachdem der Akkord als fertiggestellt gilt, von der Firma berechnet und an die daran beschäftigten Arbeiter prozentual ihres Stundenlohns ausbezahlt. Dem bauleitenden Monteur werden 10 Prozent vorweg gutgeschrieben. Er darf jedoch immer nur einen Bau in Arbeit haben. Akkorde dürfen nicht als Kaufverträge behandelt werden und es darf auch ein Überschreiben nicht stattfinden. Abzüge dürfen weder vom Lohn noch von dem Akkordüberschuss zu Kauttionen gemacht werden. Änderungen an fertigen Montagen und Wartegerät wird in Lohn bezahlt. Die bisherigen Lohnsätze wurden mit Ausnahme für die Heizerkörper um 10 bis 15 Prozent erhöht.

Bad Nauheim. Die Firma **A l f r e d Z i m m e r** scheint ihre Arbeiter sehr gering zu bewerten, jedenfalls hat sie ernstlich noch nicht darüber nachgedacht, daß die Arbeiter ihr die Werte schaffen. Würde sie darüber nachgedacht und es begriffen haben, dann hätte sie den ihr von der Organisation zugeschiedenen Tarif nicht kurzerhand abgelehnt, sondern wäre, wie es jede anständige Firma macht, zu Verhandlungen bereit gewesen. Ein altes Sprichwort sagt: Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Die Kollegen sind ernstlich gelassen, die Konsequenzen zu ziehen. Es kommen dort in Betracht Heizungs- und Installateure, die die Metallarbeiter einen großen Vogen um Bad Nauheim machen, damit die Firma Zimmer steht, daß die Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft kein leerer Wahn ist.

Hüttenarbeiter.

Osabrück. (Die Toten und Krüppel der Georgsmarienhütte.) Zu keinem Berufe und Gewerbe werden die Kräfte der Arbeiter so in Anspruch genommen, wie in den Hütten- und Walzwerken. Die Eigenart der Produktion stellt enorme Anforderungen an die Arbeitskraft, aber trotzdem ist die Arbeitszeit länger als bei anderen Berufen. Arbeitszeiten, die sich auf 18, 21, 36, sogar auf 48 Stunden erstrecken, sind nichts Seltenes. An regelmäßige Pausen ist in den letzten Jahren zu denken. Die Hütte sind zahlreich, daß die Arbeiter im Martinwerk der Georgsmarienhütte ihre Mittagessen um 2 Uhr, 1/2 Uhr und noch später einnehmen müssen. Will der Arbeiter, daß er liegt in der Eigenart des Betriebes? entschuldig man jede Bedrückung des Arbeiters. Einer der schlimmsten Auswüchse, der sich in allen Abteilungen des Werkes zeigt, ist die Antreiberei durch die Meßler. Im Walzwerk will ein Meßler immer mit einer höheren Zahl von Tonnen dastehen als der andere. Die Arbeiter werden bis zur Erschöpfung angepöppelt, um eine immer höhere Produktionszahl zu erzielen. Jede Arbeiter im Walzwerk wegen Überanstrengung zusammenbrechen, kommt oft vor. So redet denn auch die Gesamtsumme der Unfälle auf der Georgsmarienhütte eine deutliche Sprache. Ein größlicher Unfall ist den andern ab. Hier wird ein Arbeiter auf der Förderbahn von wegzählender Schacke überrollt, dort in der Abzuganlage wird einer von einer Last Eisen erdrückt. Im Walzwerk verunglückt ein Walzmeister, indem ihm die Schmelzdecke zerteilt wird. Ein lebender jugendlicher Walzer wird von einem Stab erfaßt und dauernd zum Krüppel gemacht. Die notwendigen Verbandsmittel für die erste Hilfe fehlen, die Arbeitskameraden suchen den Mitarbeiter so gut wie möglich zu unterbinden, tragen den Verunglückten nach dem Verlierhand, wo dieser die Ankunft des Arztes abwartet. Am Sochsen und Martinwerk stehen die Dinge nicht viel anders. Dem einen Arbeiter verbrennt der Fuß, einem andern verbrennen die Hände. Dort stirzt ein Arbeiter und wird fortgeschafft. Nur dann, wenn der Schrei eines tödlich Verbrannten durch die werten Hallen hallt, ergreift ein Schaudern die hastenden Arbeiter. So auch am 13. September, wo der 23jährige Arbeiter Minnentrup ein unglückseliges Ende fand. Hoffentlich wird die Untersuchung einmal Klarheit darüber schaffen, ob denn alles auf das Konto von „der Eigenart des Betriebes“ zu setzen ist. In aller Eile wurde bei der tragischen Begebenheit. Statt aber die Ursache unter das Mikroskop zu setzen, wurde sie danebengesetzt. Als nun der Unfall erfolgte, erschöpfte sich der arme glühende Strom auf den Mund der Georktie. Durch den herumprallenden glühenden Stahl wurde dann Minnentrup so stark getroffen, daß er nach etlichen Stunden kurz. Klarheit muß geschaffen werden, ob bei diesem Unfall nicht unverantwortlich gehandelt worden ist. Die mannigfachen Unfälle alle anzuführen, würde zu weit führen. Gegen „Menschheit“, wie Verlust von Augen, Querschnitten u. s. w. sind die Arbeiter zu abgemüht, daß daran achlos vorüberzugehen wird. Bedauerlich ist, daß es schon so weit gekommen ist. Angehts der beabsichtigten Ursachen scheut man sich aber nicht, das höchste Hüttenarbeiterforum nach zu verkommen. Wahrscheinlich, die Arbeiter auf dem Stüttenwerken haben bislang von einem Hüttenarbeiterforum ohnehin wenig gehört. Auf die in der Gewerbeordnung festgesetzten Auszeiten an Sonn- und Festtagen stellen die Hüttengehaltigen die Georgsmarienhütte und ihr Schwesterbetrieb Osabrück der starksten Kosten an Sonn- und Festtagen so viel arbeiten wie ihnen beliebt. Und die Arbeiter? Gegen diese heißt es katastrophal in den Werksanmeldungen: **U r l a u b w i r t** nicht gewährt, wer ohne Urlaub nicht geht, wird mit einer halben Schicht bestraft. Sehr stark vermessen wir da auch ein energieliches Eingreifen der Gewerbeinspektion. Wenn, wie zum Beispiel in diesem Sommer, wirklich von der Verkleinerung Sonntagsarbeiten einzusetzen werden, ohne dazu die Genehmigung der Gewerbeinspektion zu haben, dann werden die sehenden Arbeiter mit einer letzten Schicht bestraft. Wegen eines solchen Vorgehens wäre doch gewiß Veranlassung zum Eingreifen gegeben. Nun die Entlohnung. Auf der Georgsmarienhütte und auf dem Osabrücker Stahlwerk liegt man ständig über den Mangel an Arbeitern, besonders qualifizierten. Ingenieure, Meister und andere Personen werden mit seltenen Hülfeleistungen hinausgeschickt, um Leute zu holen, fast regelmäßig ohne Erfolg. Warum ist die Werksleitung noch nicht auf den Einfall gekommen, den Mangel des chronischen Arbeitermangels nachzumachen? Da würde sich zeigen, daß die niedrige Entlohnung die Ursache zu dem Arbeitermangel, fernere oder auch an dem Mangel nicht, befähigter Arbeiterkräfte ist. Nach dem jetzt vorläufigen Geschäftsbericht ist der Betriebserfolg im letzten Geschäftsjahr um fast eine Million höher als im früheren. Vorgeschritten und Stummkeiten ergeben ein Prozent Dividende mehr. Es wäre also sehr wohl möglich, die Arbeiter besser zu bezahlen. Da diese Erkenntnis aber bei den leitenden

Freien mangel, ist es die Pflicht der Arbeiter, sich selbst eine bessere Position zu erkämpfen. Nur in dem Zusammenschluß in einer starken Organisation liegt die Macht, diese höhere und bessere Bewertung des Gültigen durchzusetzen.

Metallarbeiter.

Duisburg. (Gelbe Stiebtreppepolitik.) Auf welche Art mancher Arbeiter verfährt, Arbeit zu erhalten, zeigt folgender Vorfall: Ein Formner, der zuletzt in Gelsenkirchen gearbeitet und sein Arbeitsverhältnis ohne jede Verbindlichkeit gelöst hat, fragte bei der hiesigen Filiale der Maschinenfabrik Augsburg-Münchener beim Ingenieur Wolf um Arbeit an. Die Firma benötigt Formner. Nachdem der Ingenieur festgestellt hatte, daß der arbeitssuchende Formner in Gelsenkirchen gearbeitet, begab er sich an das Telefon und fragte in Gelsenkirchen an, was der Formner N. eigentlich für ein Kerl sei. "Einen Augenblick", lautete die Antwort, "ich werde den Obermeister J. fragen." Dieser wird gerufen. Daß man mit Hilfe der gelben Stiebtreppe immer Mängel bei einem organisierten Arbeiter entdeckt, ist selbstverständlich. Ein gelber Führer kann einem organisierten Arbeiter niemals ein gutes Zeugnis ausstellen. Der Ingenieur brauchte nach der ihm gewordenen Auskunft keinen Formner mehr. Da aber unser Freund, sehr zum Verger des Ingenieurs, das ganze Telefongespräch mit angehört hatte, so war er in der Lage, ihm seine Ansicht über die Sache sagen zu können. Der Obermeister J. in Gelsenkirchen hat auch schon Formner aus der hiesigen Gegend nach Gelsenkirchen gelockt. Mögen alle Kollegen sich davor hüten, in die gelbe Falle hinein zu geraten.

Karlsruhe. Recht eigentümliche Arbeitsverhältnisse herrschen in dem Betrieb der Firma Schilling & Co. am Rheinhafen. In diesem Betrieb ist die Akkordarbeit vorherrschend. Die Stundenlöhne sind verhältnismäßig sehr niedrig angesetzt, so daß die Arbeiter ihre Kraft bis zum äußersten anstrengen müssen, um einigermaßen einen angemessenen Stundenlohn zu erzielen. Man sollte nun meinen, daß der Betrieb auch für Akkordarbeit eingerichtet sei; das ist jedoch nicht der Fall. Es fehlt so ziemlich an allem, an Platz, an der Einrichtung, an Werkzeugen und an der Materiallieferung. Der Magazintier ist das Mädchen für alles und es kommt daher oft vor, daß er nicht im Magazin ist, wo er doch sein sollte, die Arbeiter müssen dann oft sehr lange warten, bis sie Material fassen können. Ganz besonders fehlt es aber an Werkzeugen, an Wollschliffen, Handstangen und Böden. Um diese Werkzeuge werden die erbittertesten Kämpfe zwischen den Arbeitern geführt, und zwar mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre. Jeder Arbeiter ist auf sich selbst angewiesen, wer am stärksten ist und womöglich auch am besten schreien kann, bleibt schließlich Sieger in dem Kampfe um die Werkzeuge. Wenn einzelne Arbeiter beim Meister vorstellig werden und verlangen, daß Werkzeug angeschafft werden solle, bekommen sie zur Antwort: Es sei bestellt oder es werde bestellt. Aber es bleibt alles beim alten. Erlaubt sich einmal ein Arbeiter, über den Meister hinaus beim Betriebsleiter deswegen vorstellig zu werden, so legt er sich der Gefahr aus, wordenlang vom Meister verstoßen zu werden. Bei jeder Gelegenheit bekommt er dann zu hören: "Nun, können Sie jetzt arbeiten?" Die Firma will mit der Organisation und deren Leitung nichts zu tun haben, sie will alles mit ihren Arbeitern selbst erledigen. Deshalb haben die Arbeiter jenerzeit auch einen Arbeiterausschuß gewählt, der jedoch von der Firma vollständig ignoriert wurde und deshalb wieder eingegangen ist, so daß die Arbeiter keinerlei Vertretung gegenüber der Firma haben. Schon im vorigen Jahre haben die Arbeiter den Wunsch nach Einführung des achtstündigen Arbeitstages geäußert. Dieser Wunsch ist auch in diesem Jahre wiederholt erneuert worden. Obwohl nun in der gesamten Metallindustrie am Rhein- und in Mühlburg, auch in den größten Betrieben, die achtstündige Lohnzahlung eingeführt ist und die Erfüllung dieses Wunsches der Firma auch nicht einen Pfennig gekostet hätte, wurde das berechtigteste Verlangen abgelehnt. Der Betriebsleiter hat sich schon geäußert: Mit unseren Arbeitern ist nichts anzufangen, die sind nicht einig. Und er hat recht gehabt. Würden die Arbeiter dieses Verlangens einsehen, daß sie sich dadurch, daß sie einander auf's schärfste bekämpfen, selbst am meisten schädigen und daß es so nicht besser werden kann, sondern nur dann, wenn sie sich verständigen und unterstützen, dann werden sie sich bald den notwendigen Respekt bei der Firma verschafft haben. Hätten sie das bisher getan, dann hätte sich die Firma schon längst bequemen müssen, berechtigste Forderungen und Wünsche der Arbeiter zu erfüllen.

Nachrot. (Christliche Stiefenzer.) Auch der Hilfe, die den Christlichen von der Stiefenzeit und auch von Unternehmern zuteil wird, kommen die christlichen Gewerkschaften in dem für sie so günstigen Weiten Deutschland doch nicht vorwärts. Jeder Erfolg der freien Gewerkschaften ist daher eine unendliche Mühe bei den "Christen" aus und sie geben sich dann die größte Mühe, mit der Entwidlung der freien Gewerkschaften gleichen Schritt zu halten. Zu einer Versammlung in Nachrot wurden die Arbeiter christlich eingeladen, einem Vortrag zu lauschen: "Warum schließen wir uns den christlichen Gewerkschaften an?" Dann heißt es in dem Einladungs schreiben: "Ich erwarte nicht nur Dich, lieber Freund, sondern ich hoffe ganz bestimmt, daß Du noch einige unorganisierte Freunde mitbringen wirst, natürlich solche, die auf christlichem Boden stehen. Weiter Kollege! Wir müssen alles daran setzen, den Vorstoß der Bewegung der Christlichen Arbeiter-Verband aus Anlaß der Bewegung der Christlichen Arbeiter-Verband zu unterstützen. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut und dem Verbande neue Mitglieder zuführt, so wird dieses in Nachrot und Einmal ein leichtes sein. Ich hoffe von Dir das Beste. Mit kollegialen Gruß Rudolf Vetter." Hoffen und Karten macht manchen zum Narren, das mag sich auch der Herr Vetter merken, denn die Arbeiter kommen auch im Weiten Deutschland immer mehr zur Einsicht, daß in dem Christlichen Arbeiter-Verband die Interessen der Arbeiter nicht vertreten werden. Der Streikwahn, der von allen christlichen Gewerkschaften betreibt und geschürt wurde, wird von den Arbeitern nicht so leicht bezwungen werden. Denke Arbeiter haben sehr weit von solcher Gesellschaft ab, da wachen auch die Stiefenzer eines christlichen Veters nicht mehr.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Lagerhalter. Der Verband der Lagerhalter und -halterinnen Deutschlands hielt vom 8. bis zum 11. September in Köln einen außerordentlichen Verbandstag ab. Veranlaßt wurde dieser durch die Verhandlungen nach Verwirklichung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen. Eine weitere wichtige Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zur Privatbeamtenversicherung und zur Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Kaufmänner. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg in der Zeit vom 1. Januar dieses Jahres bis zum 1. August von 2744 auf 2913. Das Vermögen betrug 81.493,70 M. Der Verbandstag beschloß in wesentlicher Abstimmung mit 65 gegen 16 Stimmen die Verwirklichung. Ebenso wurden die zwischen den Vorständen vereinbarten Übereinstimmungen, die den Lagerhaltern eine Vertretung im Vorstand nach im Ausschuss, Übernahme der Beamten, Gewerkschaften, ein Beirat zum Verbandstag u. a. m. in Aussicht zu geben. In betref der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Lagerhalter wurde Redaktor Döhnel verschiedene Wünsche der Lagerhalter zur Sprache. Beschlüsse konnten nicht gefaßt werden, da für solche die Generalversammlung der Unterstützungskasse zuständig ist.

Güter. Vom 9. bis zum 13. September fand in Berlin die zweite Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnerverbandes statt. Nach dem Geschäftsbericht ist die allgemeine Sachlage dieser Gewerkschaft nicht besonders zufriedenstellend. Dies kommt daher, daß die jahresweise gewaltige Preissteigerung

bei den notwendigsten Lebensbedürfnissen die Arbeiterklasse und der Mittelstand vielfach auch den Bezug von Gärtnerprodukten verringern mußten. Ferner hätten die große Dürre des Jahres 1911 und der Bauarbeiterkampf von 1910 ungünstig eingewirkt. Der Verband begann seine letzte Geschäftsperiode mit 5033 Mitgliedern und beendigte sie mit 7218. Es wurden 125 Bewegungen durchgeführt, wobei für 2055 Personen eine Arbeitsstelle vermittlung von 327.810 Stunden und für 5446 Personen eine Lohnverhöhung von 558.168 M. im Jahre erzielt wurden. Die Erfolge der Abwehrbewegungen sind nicht einbezogen. Es bestehen 20 Tarifverträge für 420 Betriebe mit 1380 Beschäftigten. Die Gesamtentnahme der Hauptkasse betrug 302.705,56 M. die Ausgabe 257.673,81 M., das Vermögen 45.031,75 M. Außerdem befanden sich in den Ortsklassen am 31. Juli dieses Jahres 16619,70 M. Redakteur Albrecht referierte über: "Der Kampf um unsere Rechtszugehörigkeit." Es handelt sich dabei um die Frage, ob die Gärtner als Gewerbebetriebe oder als landwirtschaftliche Betriebe anzusehen seien. Redner berichtete, daß die Gerichte allmählich immer mehr der Auffassung zuneigen, daß die Gewerbetätigkeit in den Gewerbebetrieben zuzurechnen sind, nicht zum mindesten infolge der im gleichen Sinne gerichteten Tätigkeit des Verbandes. Redner empfahl, in der gleichen Richtung und mit den gleichen Mitteln weiterzuarbeiten. Bei den Verhandlungen über Lohnkämpfe und Tarifbewegung wurde beschlossen, daß bei einem Streik zu den neuen Bedingungen arbeitenden Mitglieder während der Dauer des Streiks pro Wochentag einen Wochenbeitrag als Entgelt zu zahlen sollen. Weiter wurden die Bestimmungen über den Streik selbst noch genauer präzisiert. Für Beihilfen sollen periodische Flugschriften herausgegeben werden. Nach einem Referat des Gauleiters Vink (Düsseldorf) über Arbeitsvermittlung wurde eine Resolution angenommen, worin die gesetzliche Regelung des gesamten Arbeitsvermittlungswesens gefordert wird. Solange eine solche Regelung noch nicht erreicht werden kann, soll der Ausbau der eigenen Arbeitsnachweise nach besten Kräften gefördert werden. Weiter wurde nach entsprechenden Referaten beschlossen, die Agitation unter den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen mehr zu betreiben. Ferner soll die Agitation mehr branchenmäßig betrieben und für die Gärtner und die Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe eine Zentralstelle geschaffen werden. Wo innerhalb der Gemeindebetriebe eine erhebliche Anzahl von Gärtnern und Gartenarbeitern beschäftigt wird, sollen für sie Sektionen gebildet werden. Mit dem Gemeindearbeiterverband sollen wegen des Kartellvertrags neue Verhandlungen geführt werden. Dem Beihilfswesen soll mehr Aufmerksamkeit zugewandt und der Beihilfszucherei entgegengetreten werden. Über Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz im Gärtnerberuf referierte Albrecht (Berlin). Der Beitrag beträgt in vier Klassen 20 bis 60 Z. Die Unterstützungssätze werden dementsprechend abgestuft.

Gewerbegerichtliches.

Kündigungsausschluß bei Akkordarbeit. Kann bei Kündigungsausschluß der Arbeiter vor Vollendung einer Akkordarbeit austreten? (Gewerbeordnung § 122. - Urteil des Gewerbegerichts Braunschweig vom 12. Juli 1912, eingeholt vom Vorsitzenden Stadtrat Wagner.) Das Gewerbegericht hat die Frage bejaht. Aus den Gründen: Durch Nachtrag II zur Arbeitsordnung des Beklagten ist bestimmt, daß das Arbeitsverhältnis beiderseits ohne Kündigung gelöst werden könne. Daß bei Akkordarbeit vor deren Fertigstellung beide Teile zur Vertragslösung nicht befugt sein sollten, ist nirgends gesagt. Die Beklagte hält dies für selbstverständlich. Jeder einzelne Akkordvertrag bedeutet die Vorfierung eines fertigen Arbeitsergebnisses; mit diesem Zweck sei ein beliebiges Recht beider Teile, jederzeit vor Beendigung des Akkords das Arbeitsverhältnis zu lösen, nicht vereinbart. Die Kläger treten auf dem gegenteiligen Standpunkte. Es handelt sich um eine Rechtsfrage, die von der Wissenschaft und der Gerichtspraxis verschiedentlich beantwortet wird. Das erkennende Gericht glaubt, einer bisherigen Rechtsprechung folgend, der klägerischen Ansicht beizupflichten zu sollen. Der Kündigungsausschluß soll es jedem Vertragsteile erlauben, das Verhältnis zum andern sofort zu lösen, wenn ihm dies aus irgendwelchen Gründen wünschenswert erscheint. Die Vorteile solcher Freiheit für beide Parteien sind in dem gleichen Maße vorhanden, mag die Arbeit mit Stunden- oder mit Akkordlohn oder abwechselnd in beiden Entlohnungsarten vergütet werden, im gleichen Maße aber auch die Nachteile. Sämt der Arbeiter mitten in einer eiligen Arbeit plötzlich auf, so kommt der Arbeitgeber ebenso in Verlegenheit, wenn er die Arbeit in Akkord, wie wenn er sie in Stundenlohn vergeben hat; und entläßt der Arbeitgeber während einer Akkordarbeit den Arbeiter auf der Stelle, so ist der wirtschaftliche Erfolg für den letzteren derselbe wie bei der Entlassung aus Stundenlohnarbeit. Man wird daher nicht ohne weiteres annehmen dürfen, daß die Parteien jedesmal, wenn sie während eines fortlaufenden Arbeitsverhältnisses einen Akkord vereinbaren, stillschweigend für dessen Dauer auf die Freiheit, die der Kündigungsausschluß gewährt, verzichten wollen. Nur wenn eine haltgebende Abmachung ausdrücklich getroffen wird oder die Arbeitsordnung eine Sondervorschrift enthält, kann der Kündigungsausschluß während eines Akkords als ausgeschlossen gelten. Im vorliegenden Falle trifft beides nicht zu; die Arbeitsverordnungsgebung der Kläger war daher als berechtigt anzuerkennen. Für diejenige Zeit, die die Kläger auf die dritte Akkordperiode bereits verwandt haben, ist ihnen eine entsprechende Vergütung zu gewähren. Da nach § 12 Abs. 2 der Arbeitsordnung während der Dauer eines Akkords mindestens der gewöhnliche Stundenlohn als Abfindungszahlung zu gewähren ist, so erscheint es unbedenklich, diesen "Abfindungssatz", dessen Berechnung die Beklagte am sich nicht beanstandet, den Klägern zuzusprechen. (Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Nr. 12 vom 1. September 1912.)

Arbeiterversicherung.

Erblindung beider Augen. Die Arbeiterin Alma N. zu Berlin erkrankte am 21. August 1909 im Betrieb der Deutschen Gasglühlicht-Fabrik-Gesellschaft (Ankergrabenstraße) dadurch einen Unfall, daß ihr beim Einwerfen von Glasbläsern in den Glasbruchkasten ein Glasplitter ins rechte Auge flog. Tagsüber litt die N. das Auge. Lange nach zwei Mitarbeiterinnen am gleichen Tage ihre Schmerzen; am Abend erkrankte ihr ein Arbeiter einen Glasplitter aus dem Auge. Einen Arzt suchte Fräulein N. am 23. August auf, der ihr eine Salbe verschrieb, nach deren Gebrauch das Leiden immer schlimmer wurde. Trotzdem versuchte Fräulein N. noch am 24. August zu arbeiten, wußte die Arbeit jedoch gegen 9 Uhr einzustellen, da eine starke Lichtempfindung bei der Arbeit auf beide Augen erfolgte. Am 25. August 1909 erkrankte das rechte Auge vollständig; am 26. Dezember 1909 erkrankte die Sehkraft auf dem linken Auge. Die Verletzung erlosch neu durch ihren Vater Anspruch auf Entschädigung bei der Norddeutschen Metall-Berufsgenossenschaft. Dieser Anspruch wurde abgewiesen, weil nicht erwiesen ist, daß Fräulein N. einen Betriebsunfall erlitten, dann aber auch, weil nach ärztlicher Ansicht die Erblindung beider Augen nicht als Folge eines Betriebsunfalls angesehen sei, vielmehr höchstwahrscheinlich auf angeborener Minderung der Augen beruhe.

Gegen den abweisenden Bescheid der Berufsgenossenschaft wurde Verlegung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtteil Berlin eingeleitet. Die Verlegung wurde zurückgewiesen, nachdem ein Gutachter bezu behandelnden Arzt Dr. S. eingeholt worden war. In der Entscheidung sagte das Schiedsgericht, es sei nicht für nötig erachtet worden, Ermittlungen darüber anzustellen, ob ein Unfall tatsächlich vorgelegen sei. Nach dem abweisenden Gutachten des erkrankten Angeklagten Professor Dr. S. ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das bei der Klägerin bestehende Leiden nicht durch den geschilderten Unfall hervorgerufen worden ist. Abgesehen davon, daß beide Augen nacheinander von der Erkrankung befallen wurden, wußte diese ganze typische Erkrankung überhaupt nicht auf den Fall eines Unfalls, sondern sie ist eine jugendliche konstitutionelle Erkrankung, für die man eine vererbte Syphilis verantwortlich zu machen ist. Gutachter wurde des Rechtsmittel des Reklams beim Reichsversicherungsamt eingeleitet und geltend gemacht, daß die

Eltern der N. bestritten, je an Syphilis gelitten zu haben; daß diese sechs gesunde Kinder erzeugt haben, daß jede Arbeiterin, bevor sie in dem Betrieb Aufnahme findet, einer vertrauenswürdigen Untersuchung auch speziell auf Gesundheit der Augen unterworfen wurde und daß bei der Untersuchung des Fräulein N. krankhafte Veränderungen der Augen nicht festgestellt worden seien. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig gewesen wäre, durch Benennung der Mitarbeiter festzustellen, ob der Unfall tatsächlich stattgefunden und ob Glasplitter aus dem rechten Auge entfernt wurden. Gestand gemacht wurde ferner, daß der behandelnde Arzt Spezialarzt für Augenkrankheiten Herr Dr. L. den Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall für gegeben erachtete. Das Reichsversicherungsamt erhob weiteren Beweis durch Vernehmung der Mitarbeiter und durch Einholung weiterer Gutachten vom Geheimen Medizinrat Professor Dr. Sch. R. in Halle a. S., vom behandelnden Arzt Dr. L. und vom Direktor der Universitäts-Augenklinik Professor Dr. Kr. in Berlin. Während der Geheimen Medizinrat Professor Dr. Sch. R. (Halle a. S.) den Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall verneinte, hielt Herr Dr. L. und Professor Dr. Kr. ihn für gegeben. Die Berufsgenossenschaft wurde daraufhin verurteilt. Bei der Wichtigkeit des Falles lassen wir einige Stellen der schriftlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts folgen:

"Die Zeuginnen K. und N. haben bekundet, daß es bei der Arbeit, die der Klägerin oblag, öfter vorgekommen ist, daß Glasplitter der in den Glasbläsern geworfenen Glühbirnen herumgeschlagen und den dabei Beschäftigten in die Augen gespritzt sind. Nimmt man hierzu die Aussage des Zeugen B., daß er der Klägerin einen Glasplitter aus dem Auge entfernt hat, so muß als erwiesen gelten, daß der Klägerin tatsächlich bei der Arbeit ein Glasplitter in das Auge geflogen ist. Allerdings ist es auffallend, daß die Klägerin dem Augenarzt Dr. Sch. nach dessen Gutachten bei ihrem ersten Besuch vom Eindringen eines Glasplitters nichts gesagt hat. Das Reichsversicherungsamt hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Sch., der sein Gutachten erst beinahe acht Monate nach dem ersten Besuche der Klägerin erfaßt hat, sich hierbei in seiner Erinnerung getäuscht hat, zumal die Klägerin behauptet, ihm von der Verletzung durch einen Glasplitter sofort Mitteilung gemacht zu haben. Es ist daher davon auszugehen, daß die Klägerin am 21. August 1909 bei dem Betriebe durch einen Glasplitter eine Verletzung des rechten Auges erlitten hat. Dem steht nach den Ausführungen des Professors Dr. Kr. namentlich auch nicht entgegen, daß Dr. Sch. am 23. August 1909 eine frühere Verletzung der Hornhaut nicht hat feststellen können, da diese bereits verheilt gewesen sein kann. Bei Entscheidung der weiteren Frage, ob das Augenleiden der Klägerin auf diese Verletzung zurückzuführen ist, hat sich das Reichsversicherungsamt dem eingehend begründeten Gutachten des Professors Dr. Kr. angeschlossen. Danach ist die Hornhautentzündung auf beiden Augen als Folge der Verletzung durch den Glasplitter anzusehen. Hieraus folgt die Verpflichtung der Beklagten, die Klägerin für die Folgen des Unfalls vom 21. August 1909 zu entschädigen." (ZA Ia 17 285/10.) E. W.

Eine verfehlte Staatsaktion.

Am 13. September 1911 fand in Sterkrade eine Versammlung der Arbeiter der Gutehoffnungshütte statt, wo der Leiter der Verwaltungsstelle Oberhausen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Claudius Sterau, über das Thema: "Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Hütten- und Maschinenarbeiter der Gutehoffnungshütte" referierte. In der Versammlung nahm ein Polizeibeamter den Vortrag stenographisch auf und dieses Stenogramm sollte die Grundlage dafür abgeben, daß die Versammlung eine politische gewesen sei. Wie das bei Behandlung des genannten Themas gar nicht anders möglich war, hatte der Referent auf die Verhältnisse hingewiesen und dabei unsere Finanzpolitik gestreift, also hatte er "Politik" geübt. Nun hatte das Auge des Gesetzes in der Versammlung auch einen jungen Arbeiter namens Seume entdeckt, der noch keine 18 Jahre alt war. Und da diese jungen Leute sich wohl gewerkschaftlich, aber nicht politisch organisieren und keine politische Versammlung besuchen dürfen, so wurde sein Name im Notizbuch des "Ueberwachenden" vermerkt und hinterher folgte ein politisches Strafmandat in Höhe von 3 M. wegen Teilnahme an einer politischen Versammlung. Aber auch Genosse Sterau erhielt ein Strafmandat, und zwar in Höhe von 5 M., weil er als Mitorganisator eines "politischen Vereins" den jungen Menschen in der Versammlung geduldet hatte. Gegen beide Strafmandate wurde Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht in Oberhausen erkannte im Dezember 1911 auf Freisprechung in beiden Fällen, indem es sich auf den sehr vernünftigen Standpunkt stellte, daß das gelegentliche Berühren politischer Fragen in gewerkschaftlichen Versammlungen die gewerkschaftlichen Vereine dadurch noch nicht zu politischen Vereinen stempelt. Und deshalb habe auch der minderjährige Seume sehr wohl in der Versammlung anwesend sein können. Da aber der Staatsanwalt mit der Freisprechung der beiden "Sünder" noch nicht zufriedenstellend war, so legte er Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil ein und so kam denn nun endlich am Samstag dem 7. September die Angelegenheit nach mehrmaliger Vertagung vor der ersten Ferienkammer in Duisburg zum Abschluß, indem sich diese dem freisprechenden Urteile des Oberhausener Schöffengerichts anschloß. Mit welcher Emsigkeit man bemüht gewesen war, Holz zu dem angezündeten Scheiterhaufen herbeizutragen, das geht unter anderem aus folgendem hervor: Nr. 50 der "Grillhütten" Gewerkschafts-Korrespondenz vom 14. Dezember 1911 brachte einen Artikel: "Die Wahlweise der freien Gewerkschaften", desgleichen die Kölnische Volkszeitung einen Artikel: "Freie Gewerkschaften und politische Vereine" und die Germania in ihrer Nr. 5 vom 9. Januar 1912 einen Artikel: "Freie Gewerkschaften für die sozialdemokratische Welt". Dieses zentrumsgerichtliche Kleeblatt mußte also dem Staatsanwalt Handlangerdienste leisten, um der ganzen Angelegenheit einen gewissen "Satz" zu geben. Die genannten Zentrumsblätter dürfen sich also aratufen und ihres Erfolges Schade nur, daß es mit dem guten Willen zu freiwilligen Diensten für die Staatsanwaltschaft allein nicht getan ist. Auch die Nr. 11 der Wahlkorrespondenz des Reichsverbandes mußte herhalten, sowie die Nr. 24 der Arbeitgeber-Zeitung vom 11. Juni, die den Verband mit einer ganz bestimmten Absicht fortwährend als den sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband oprotropisiert. Und schließlich stellte der Staatsanwalt noch den Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens durch den Polizeirat G. r. l. in Essen. Dem Antragsteller wurde der Begehrtrag gestellt, den Reichstagsabgeordneten Spiegel als Sachverständigen zu vernehmen. Das Gericht lehnte beide Anträge ab und schloß sich vollständig dem Urteile des Schöffengerichts in Oberhausen an, indem es in der Begründung der Freisprechung gleichfalls hervorhob, daß eine gelegentliche Erörterung politischer wirtschaftlicher Fragen in Gewerkschaftsversammlungen die Gewerkschaften noch nicht im Sinne des Reichsvereins-Gesetzes zu politischen Vereinen stempelt.

Der Gewerbeverein.

das "Zentralblatt" der Hirsch-Dunderchen, ist über "unsern Artikel" in Nr. 37 zu der liberalen "Hirsch-Dunderchen" "Millionen" gründung unwehalten und verknüpft und er "ragt" die "unvornehme" Haltung der Metallarbeiter-Zeitung. Lassen wir dem Blättchen seine Verantwortung. Von "irgend einem Krach" im Gewerbevereinslager aus Anlaß der neuen "liberalen" Gründung soll "gar nicht die Rede sein", schreibt der Gewerbeverein in seiner Nummer 7 vom 18. September in einer Notiz: "Vornehme Gegner." Das Blatt ist aber so "vornehm", gleich eine Fälschung vorzunehmen, indem es schreibt, der "Artikel"reiber der Metallarbeiter-Zeitung "ziehe aus der betreffenden Bekanntmachung im Gewerbeverein den Schluss", daß es zum Krach gekommen sei. In dem Artikel der Metallarbeiter-Zeitung hieß es aber genügend deutlich: "Es hat den Anschein, als ob", und an anderer Stelle: "Da die Ferienzeit ja so ziemlich

vorbei ist, scheint es sich" u. s. w. Wir zogen keinen Schluß, sondern wiesen nur darauf hin, wie die Dinge schienen. Der Gewerksverein hält es nun selbst für notwendig, diesen Schein zu zerstören, indem er schreibt:

„Wenn er (der Artikelschreiber der Metallarbeiter-Zeitung) die Vorgänge in der Arbeiterbewegung wirklich so aufmerksam verfolgte, wie er sich den Anschein gibt, dann hätte er schon Anfang Juli im Gewerksverein lesen können, daß Erkelens seine Stelle als Verbandssekretär gekündigt hat und daß von irgend einem Strach gar nicht die Rede sein kann.“

Daß Erkelens gekündigt habe, steht nicht im Gewerksverein (Nr. 55), sondern daß er am 1. Oktober aus dem Dienste des Verbandes ausscheidet. Warum er ausscheidet, steht nicht dabei, es kann sich also Grund des Ausscheidens jeder denken, was er will. Übrigens ist, von all dem abgesehen, ja auch gar nicht von vornherein unmöglich, daß Unstimmigkeiten, falls solche in Frage kommen, nicht schon danach entstanden sind, denn der Geburt der „liberalen“ „Millionen“gruppe ging doch auch eine Zeit der Schwangerschaft voraus!

Im weiteren schüttelt der Gewerksverein die neue „liberale“ Gründung erneut energisch von den Hirsch-Dunderschen ab. Mit der gleichen Wirkung natürlich, als wenn das Zentrum leugnet, daß man die christlichen Gewerksvereine Zentrumsorganisationen nennen dürfe. Es kommt ja nicht darauf an, ob unter der Hundertgruppe einige Nicht-Hirsch-Dundersche waren, das haben doch die Gewerksvereine selbst oft genug den — Zentrumsorganisationen vorgehalten. Und bei der neuen „liberalen“ Hirsch-Dunderschen „Millionen“gründung ist die Sache um keinen Deut anders.

Vom Reichsverein der „liberalen“ Hirsch-Dunderschen.

Wenn die Kinder sind im Dunkeln, Wird bekommen ihr Gemüt —

Es ist possierlich anzusehen, wenn man jetzt Umschau hält, in welcher Art die Blätter der Hirsch-Dunderschen für ihre neue „Millionen“gründung ins Zeug gehen. Wir haben schon darauf verwiesen, daß es die Berliner Gewerksvereinsblätter mit der Vorzeit als dem gefährlicheren Teil der Kapitulanten halten. Sie haben sich zum Motto die schöne Melodie erkoren: „Hahnemann, geh' du voran, du hast die größten Stiefel an! Über auch in den paar kleinen Probierblättern, die die Hirsch-Dunderschen mit Ach und Krach „hody“ halten, ist alles andere als eine begeisterte Stimmung zu spüren. Man möchte ja gern begeistert sein, aber die Angst leuchtet dabei doch aus jedem Wort, das aus der Feder kommt. Bekommenen Gemüts sind die großen Kinder im Dunkeln und singen laut ein Lied, um sich Mut zu machen. Dies ist aber ein schweres Stück Arbeit; die „liberale“ Sache ist so windig, daß ihre Verteidiger zu den lächerlichsten „Gründen“ greifen müssen, um doch noch einen Versuch zu machen, einige Dumme zu finden, die auf die neue Reichsvereinsgründung hinetreten. So schreibt Schumacher (Berlin) in einem Artikel: „Der Berufsorganisation und der liberalen Arbeiterbewegung“ in der Nr. 37 der Düssel-dorfer Westdeutschen Post vom 14. September unter anderem:

„Die Sozialdemokratie bezieht sich als Arbeiterpartei, aber der größte Teil der Arbeiterkraft steht dieser Partei fern. Die Zahl der abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl ist auch noch kein Beweis für die unbedingte Zahl der Anhänger, denn die meisten Stimmzettel rührten von Leuten her, die auf diese Weise ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen zum Ausdruck bringen, aber weit davon entfernt sind, an die Idee der Sozialdemokratie zu glauben. Der größte Teil dieser Leute ist liberal, aber es fehlt ihnen der Anschluß. Im liberalen Arbeiterverein werden sie diesen Anschluß finden, ohne Gefahr zu laufen, von den „Genossen“ gehängt zu werden, weil sie mit den Kapitalisten zusammen im Wahlverein sind, weil sie mit „Bourgeois“ zusammen deren „Masseninteressen“ vertreten.“

Es verlangt ja nicht, auf dieses Gerede weiter einzugehen, wir wollen nur darauf hinweisen, daß es noch Schumacher also ein großer Unterschied ist, ob die Hirsch-Dunderschen „liberalen“ Arbeiter zusammen mit den Kapitalisten im „liberalen“ Wahlverein Unternehmerninteressen vertreten, oder ob sie dies hübsch für sich allein tun! Denn im Rahmen der Fortschrittspartei wollen ja auch die „liberalen“ Hirsch-Dunderschen „arbeiten“, oder richtiger, sie sollen es nach dem Willen der Strategen. Wieviel es die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine im Lande tun, ist ja noch eine weitere Frage. Hoffen und Gatten haben schon manchen zum Narren gemacht.

Noch gegen Wiefenthal.

Der Notiz mit dieser Überschrift in voriger Nummer (Seite 314) ist irrtümlich angeführt, daß W. wegen d. d. Artikels „Der Anwalt des Lumpenproletariats“ freigesprochen wurde. Wegen dieses Artikels erfolgte Verurteilung, während W. wegen des Artikels in Nr. 7 „Protokollfälschung“, freigesprochen wurde, obgleich ihm der Wahrscheinlichkeitsbeweis nicht gelang.

Vom Ausland.

Dänemark.

In deutschen Zeitungen werden oft zweifelhafte dänische Lotterien unternehmungen angepriesen, mit dem Erfolge, daß deutsche Arbeiter von diesen „Lotterien“ Los beziehen, etwas „gewinnen“ und schließlich doch die Erfahrung machen müssen, daß sie dabei hereinfallen sind. So ist es in den letzten Jahren wiederholt deutschen Metallarbeitern ergangen und diese wandten sich dann um Hilfe an den Vorstand des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauverbandes. Dabei stellte sich dann erst heraus, daß die in Frage kommende „Lotterie“ ein in Dänemark ganz unbekanntes Unternehmen war. Zum Teil werden solche „Lotterien“ direkt von Deutschen gegründet, die — wie sich zeigt, mit Erfolg — auf den Teil ihrer Landsteuer spekulieren, der nicht alle wird. Der Vorstand unserer dänischen Bruderorganisation hat nun, obgleich es ja ganz und gar nicht zu seinen Obliegenheiten gehört, einen Teil der bei ihm eingelaufenen Beschwerden dieser Art durch die von ihm bei allen seinen Rechtsangelegenheiten hinzugezogenen Rechtsanwälte untersuchen lassen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß es kaum möglich ist, solche Lotterienunternehmen wegen Betrugs zu verfolgen, denn sie verdingen an ihre deutschen Abnehmer auch ihre „Bedingungen“ in deutscher Sprache, so daß es auch den deutschen Loskäufern möglich ist, sich darüber zu informieren, ob sie alle Bedingungen erfüllt oder irgend eine versteckte Klausel übersehen haben. Zum Beispiel handelte es sich in dem einen Falle um eine Lotterie, wo das ganze Los monatlich 6 M. kostete und das halbe 3 M. Ein Mitglied unseres Verbandes hatte ein halbes Los gewonnen. Die Nummer kam heraus mit etwa 300 M. Der Kollege erhebt aber nur 3 M. zugewandt. Er war damit nicht zufrieden, hatte aber die Zustimmung übersehen, daß ein „volles Mitgliedsrecht“ erst durch die monatliche Zahlung von 6 M. erworben wird und daß ein Mitglied dieser „Lotteriegesellschaft“, das nur das halbe Los bezahlt, aber nur Anspruch auf den hundertsten Teil des Mitgliedsrechtes hat. Selbst wenn jemand mündlich oder auf irgend eine andere Weise Versprechungen gemacht worden sind, so ist es doch immer eine unbillige und unangenehme Sache, daraufhin vor einem ausländischen Gericht Ansprüche geltend zu machen.

Selbstverständlich gibt es auch in Dänemark Lotterien, wo kein ausgesprochener Schwindel getrieben wird. Es wird indessen am besten sein, wenn unsere deutschen Kollegen und überhaupt alle deutschen Arbeiter die Hände von allen ausländischen Lotterien fortlassen. Wenn es dennoch welche unter ihnen gibt, die unbedingt dem Kaiser des Spieles fröhnen müssen, so finden sich auch in Deutschland Lotterien genug, die gerne bereit sind, die deutschen Arbeiter um ihr Geld zu ericktern. Auf alle Fälle ist es aber nicht zu billigen, daß einer ausländischen Bruder-gewerkschaft zugemutet wird, unseren Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, wenn sie bei einer solchen Gelegenheit angeschmiert worden sind.

Großbritannien.

Der 45. Kongreß der britischen Gewerkschaften, der vom 2. bis zum 7. September in Newport (Südwales) tagte, muß zu der bedeutungsvollsten Tagung gerechnet werden, die von der Organisation der Arbeiterklasse je abgehalten worden ist. Zum guten Teile war dieses dem Umstand zuzuschreiben, daß die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Monaten ganz bedeutend gewachsen ist. Es ist noch gar nicht lange her, da hatte der Kongreß alles allgemeine Interesse verloren; es hatte den Anschein, als ob er dem Tode geweiht sei. Bei den diesjährigen Tagungen zeigte sich aber neues frisches Leben. Man fühlt, daß die englische Gewerkschaftsbewegung in eine neue Epoche eingetreten ist. Viele von den verhandelten Gegenständen lehren allerdings jährlich wieder. Aber in diesem Jahre standen weitere Punkte äußerster Wichtigkeit auf der Tagesordnung. Die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte ist ja keineswegs neu, aber die Tatsache, daß die Regierung sich verpflichtet hat, sich mit der Sache in nächster Zeit zu befassen, hat die Angelegenheit plötzlich in den Bereich der praktischen Politik gedrückt.

Kurz zusammengefaßt hat sich der Kongreß gegen folgende Fragen von allgemeinem Interesse ausgesprochen: Gegen obligatorische Schiedsgerichte, gegen Diskonfession weltlicher Erziehung, gegen Legalisierung von Tarifverträgen, gegen Gründung von Industrieverbänden.

Die schroffe Zurückweisung dieser Materien hat in bürgerlichen Kreisen Ueberraschung, in Arbeiterkreisen aber Unzufriedenheit ausgelöst. Daß gerade die letztgenannte Frage betreffs Gründung von Industrieverbänden so schonungslos behandelt wurde, muß geradezu enttäuschend wirken, da die Zurückweisung der Resolution, die sich mit der Materie befaßte, als Mittel zur Aufrechterhaltung der lähmenden Gewerkschaftersplitterung benutzt werden kann, was um so bedauerlicher ist, als gerade jetzt zwischen verschiedenen Gewerkschaften zwecks Verschmelzung Unterhandlungen im Gange sind. Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß das Problem, „für jede Industrie nur eine Gewerkschaft“, eine Reihe von Schwierigkeiten in sich birgt. Inzess zeigt es von einer riesenhafte Unüberlegtheit, daß der Kongreß sein Votum gegen diesen Gedanken abgab. Nun war es aber nicht das erste Mal, daß man sich mit der Materie befaßte. Bereits der Sheffielder Kongreß (1910) nahm Stellung zu der Sache und nahm eine Resolution zugunsten von Industrieverbänden an.

Bei Beratung über das obligatorische gewerbliche Schiedsgerichtswesen schloß sich ein eigenartig persönliches Moment in die Debatte ein. Direkt stand diese Frage nicht zur Tagesordnung. Von den Londoner Docks war folgende Resolution eingebracht worden:

„In Ermüdung der Notwendigkeit schärferer Maßregeln in bezug auf Schiedsgerichtswesen und Einigungsämter zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer und in Anbetracht, daß man staatliche obligatorische Schiedsgerichte erwägt hat, beauftragt der Kongreß das Parlamentarische Komitee, einen Bericht auszuarbeiten über die Grundlage solcher Einigungsämter und Schiedsgerichte, der dem nächsten Kongreß zu unterbreiten ist.“

Diese Resolution wurde von Ben Tillet begründet. So unklar wie die Resolution war, so unklar war auch die Begründungserrebe. Ben Tillet ist eben ein unklarer Querschnitt, der nie einen großen Einfluß auf den Kongreß gehabt hat. Seine diesjährige Führung des Transportarbeiterstreiks hat aber in den führenden Kreisen der Gewerkschaften tiefes Mißtrauen erzeugt. So sagte der alte Bergarbeiterführer Harber: „Tillet hat die Mindestlohnbill und den Bergarbeiterkampf erwirkt. Ist es ihm bekannt, daß wir uns in unserm ganzen Kampfe niemals an die Regierung wandten? Wir haben niemals die Regierung gebeten, sie solle sich für uns ins Zeug werfen. Zwischen der Position von Ben Tillet während des Transportarbeiterstreiks und der Position in unserm Kampfe liegt ein himmelweiter Unterschied. Er (Tillet) ging zur Regierung, ein Schritt, von dem wir nicht träumen, und wir stehen auch die Unternehmung nicht an.“ Redner sagte weiter, er habe sechs Briefe aus Australien in seiner Tasche, die alle dazum, daß dort das obligatorische Schiedsgerichtswesen keinen Erfolg habe. Auch der Bergarbeiterführer und Abgeordnete Braca zog gegen Tillet wegen seiner grotesken Stellung in der Londoner Streikbewegung ins Gericht. Gabeland Wilson (Seemann) brachte jedoch eine ganze zugunsten des obligatorischen Schiedsgerichtswesens. Er führte aus, auch er sei früher Gegner des obligatorischen Schiedsgerichtswesens gewesen, er sei aber von Australien bekehrt zurückgekommen. Dort habe er sich überzeugt, daß dieses System der Gewerkschaftsbewegung gute Dienste leisten kann. Notwendig sei allerdings, daß starke Verbände vorhanden sind. Man hört allerdings diese Klagen gegen diese Einrichtung; diese rühren aber in der Regel von solchen Leuten her, die keine klare Organisation zur Seite haben. Ueberall da, wo die Gewerkschaften ihre Sache gut vorbereitet haben, kann man darauf rechnen, daß die Arbeiter gut abschneiden. In Australien verdienen die Seeleute 10 £ pro Monat gegen 5 £ in England. Strikt genommen sprach Wilson nicht zum Thema. Das obligatorische Schiedsgerichtswesen stand nicht zur Tagesordnung. Über der Kongreß war doch daran, gegen dieses System sein Votum abzugeben. So wurde denn die Resolution mit 1481 000 gegen 350 000 Stimmen abgelehnt. Inzwischen ist die Stellung des Kongresses in dieser Frage äußerst unklar. Was hat es für praktischen Wert, daß die Bergarbeiter noch immer gegen das obligatorische Schiedsgerichtswesen wehren, da das Mindestlohngesetz doch als Prinzip dieses Systems in sich schließt? Wie dem auch sei, es ist zweifellos, daß sich das Parlament in nächster Zukunft mit der Frage beschäftigen wird, und da wirkt es äußerst beunruhigend, daß die Führer nicht in der Lage sind, ihre Stellung zu der ganzen Frage in klarer Weise zu präzisieren.

Ähnlich handelte der Kongreß mit der Arbeiterversicherungsforderung. Auch bei dieser Gelegenheit erwies der Kongreß sich als unfähig, Stellung zu nehmen. Erst als die Versicherungsverträge nahe daran war, Geleß zu werden, fing man an zu kritisieren und nun, wo das Geleß bereits in Kraft getreten ist, will man herausgefunden haben, daß die Gewerkschaftsbewegung vor der Alternative steht, „entweder Bankrott zu machen, oder aber dem ganzen Geleß passiven Widerstand entgegenzusetzen“. Eine solche Stellungnahme kann nicht als Unklarheit betrachtet werden und ist nicht geeignet, der öffentlichen Meinung Achtung einzubringen.

Eine gleich überraschend unklare Stellung nahm der Kongreß gegen folgende, von der Typographen gestellte Resolution ein: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß Löhne, Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen, die zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmung tariflich vereinbart worden sind, Gesetzeskraft erhalten sollen, damit alle Unternehmer gezwungen werden können, die einmal bestehenden Bedingungen einzuhalten. Das Parlamentarische Komitee wird beauftragt, diesbezügliche Schritte zu unternehmen.“

Der Einseitiger der Arbeiterfraktion, Genosse Roberts, begründete die Resolution folgendermaßen: Die Resolution enthält ein Prinzip, das dem Kongreß zum erstenmal beschäftigt. Es stellt die Forderung auf, daß einmal geschlossene Tarifverträge Gesetzeskraft erhalten sollen, so daß auch solche Unternehmer gezwungen werden können, die Tarifbedingungen zu erfüllen, die eventuell der Unternehmernorganisation nicht angehören. Ein solcher Zustand macht es für einzelne Unternehmer unmöglich, Tarife unbeachtet zu lassen. Die Frage hat mit obligatorischem Schiedsgerichtswesen nichts zu tun. Aber auf diese Weise würde ein Kampf wie der Transportarbeiterstreik in Zukunft unmöglich. Das Prinzip der Resolution befindet sich bereits in einem Gesetzentwurf, der von der Arbeiterpartei im Parlament eingebracht wurde.

Ein anderer (Typograph) meinte, wenn ein Kontraktbuch vorläge, so müßte der Kontraktbucher zur Rechenschaft gezogen werden; er würde er aber mit Hilfe einer Organisation, so müße selbige zur Verantwortung gezogen werden können. Diese Resolution wurde der Kommission angenommen. Erst nachdem dieses geschehen war, meldete sich Fred Braime von den Londoner Möbelhändlern zum Wort, um gegen die Resolution zu sprechen, was auch vom

Vorsitzenden erlaubt wurde. Der Redner meinte, man müsse mit einer Resolution solchen Charakters äußerst vorsichtig sein, da die Gefahr bestehe, daß die Gewerkschaften durch gesetzliche Bestimmungen gebunden würden. Es sei möglich, daß ein Unternehmer sich an den Wortlaut eines Tarifvertrages halte und trotzdem seinen Geist breche. Die neuerliche Abstimmung ergab 106 Stimmen für die Resolution und 135 dagegen. Als dann eine Abstimmung mit „Stimmen“ verlangt wurde, kam folgendes Resultat zustande: für die Resolution 484 000, dagegen 1 192 000. Zu bemerken ist noch, daß der betreffende Gesetzentwurf zur Zeit des Streiks der Transportarbeiter im Parlament eingebracht wurde. Der Entwurf stand mit den Forderungen der Transportarbeiter strikt im Einklang. Bekanntlich erklärten diese sich bereit, eine Klausel zur Sicherstellung des Tarifvertrages zu hinterlegen.

Mit der Frage des weltlichen Unterrichts mirbelte der Kongreß heuer viel Staub auf. Seit Jahren stellt die Arbeitergewerkschaft in Form einer Resolution eine Art Erziehungsprogramm auf, das auch vom Kongreß stets mit großer Majorität angenommen worden ist. Dieses Programm enthält die Forderung weltlichen Unterrichts und Ausschaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Gegen diesen Punkt hat sich F. Segton von den Liverpooler Docks stets gewandt. Er ist frischer Katholik. Unter den Baumwollspinnern Lancashires sind nun wegen dieser Frage viele Schwierigkeiten entstanden. Man hat sogar katholische Gewerkschaften gegründet. Ähnlich steht es mit den Bergarbeitern, was die Föderation veranlaßte, die Resolution einzubringen, daß die Frage der weltlichen Erziehung in Zukunft nicht mehr an den Kongreß gebracht werden solle. Dieser Antrag war indessen überflüssig, da die Ocsarbeiter diesen Punkt in der Resolution bereits weggelassen hatten. Trotzdem gab es eine erregte Debatte. Die Vertreter der Bergarbeiter wies darauf hin, daß sie die ganze Frage nur vom praktischen Standpunkt aus behandeln. Sie wollten eben verhindern, daß es in der Bewegung religiöser Fragen wegen zu Nebenbei und Spaltungen komme. Die Resolution wurde mit 952 000 gegen 909 000 Stimmen angenommen. Genau genommen ist der Antrag geschäftsordnungsartig, da der Kongreß sich nicht für alle künftigen Tagungen binden kann.

Eine interessante Debatte lief der Punkt Arbeiterpresse hervor. Beim Bericht des Parlamentarischen Komitees beklagten sich einige Delegierte darüber, daß das Parlamentarische Komitee mit der Arbeiterzeitung Daily Herald offiziell in Verbindung trete, sich gegen die in einigen Wochen erscheinende offizielle Zeitung der Arbeiterpartei The Daily Citizen (Der tägliche Bürger) küßel nicht lehnen verhalte. Der Sekretär und Abgeordnete Woberman (Londoner Buchbinder) erklärte, der ganze Streik müsse einem Mißverständnis zu verbanen sein. Das Komitee habe keine Ursache, dem zu gründenden Daily Citizen ablehnend gegenüberzutreten. Aber wenn man beispielsweise Deutschland in Betracht ziehe, sollte man doch meinen, die Arbeiterbewegung Englands sei endlich stark genug, um zwei Arbeiterblätter am Leben erhalten zu können.

Die bedeutendste Debatte des Kongresses war zweifellos die, die sich an folgende Resolution knüpfte: „Dieser Kongreß gibt von neuem kund, daß er die industrielle politische Aktion der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampfe zur Erringung eines größeren Anteils am produzierten Reichtum unterstützen will, aus welchem Grunde eine frühere Vertretung im Parlament sowie in den Kommunen zu erziehen ist, angesichts des Umstandes, daß alle sozialen sowie industriellen Fragen sich immer mehr in den Händen der Regierung und der letzten Behörden konzentrieren.“

Diese vom Parlamentarischen Komitee gestellte Resolution sollte eine riesige Erklärung gegen den Syndikalismus sein. Es muß allerdings bingestellt bleiben, ob dazu die richtigen Worte gefunden worden sind. Die Diskussion bewies im Gegenteil, daß die Resolution recht unklar war und zu Mißverständnissen Veranlassung gab. So sagte Genosse Maylor (Schriftsetzer): „Wir sind vor allen Dingen ein Gewerkschaftskongreß. Wir sind die Vertreter von wirtschaftlichen Kampforganisationen, welche am kollektiven Arbeitsvertrag festhalten. Wir glauben ferner an die Macht des Streiks. Wenn wir aber von der Macht des Streiks, wie er von den einzelnen Organisationsen angewandt wird, überzeugt sind, wie können wir diese Masse dann als unbrauchbar verworfen, wenn sie im gemeinschaftlichen Kampfe wissenschaftlich von einer gemeinsamen Bewegung angewandt wird?“ Redner war der Ansicht, daß die politische Bewegung die direkte Aktion der Massen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht entbehren könne. Er sei kein Syndikalist, aber er lege die Ansicht, daß der politische Kampf viel zu langsam vom Fied komme. Die Bergarbeiter brauchen 25 Jahre zur Erlangung des gesetzlichen Achtstundentages. Wie müßten den Streik heuigen zur Erringung besserer Lebensbedingungen und, wenn möglich, solle dieser Kampf durch die parlamentarische Aktion ergänzt werden. Die politische Aktion ohne den wirtschaftlichen Kampf sei fruchtlos. Er (Redner) unterstützte die Resolution, aber er hoffe, daß man nicht von der Idee ausginge, der politische Kampf mache den wirtschaftlichen Kampf überflüssig.

Von einigen südwalisischen Bergarbeiterdelegierten war die Arbeiterpartei angegriffen worden, worauf der Genosse Robert Smillie, Präsident der Miners Federation, antwortete. Er sagte unter anderem, der Syndikalismus sei in die Debatte hineingezogen worden, aber er wisse nicht, was man damit bezwecke. Man habe der Arbeiterpartei Vorwürfe gemacht und er bedaure, daß es Bergarbeiter waren, die es taten. Während des Streiks der Bergarbeiter sei man zur Arbeiterpartei gegangen, die versicherte, Schritte unternehmen zu wollen, die von den kämpfenden als notwendig erachtet würden, was dann auch geschehen sei. Dieser letzte Kampf sei im wahren Sinne des Wortes ein gewaltiger Konflikt zwischen Kapital und Arbeit gewesen. Aber sei es den Bergarbeitern gelungen, das Kapital zu schädigen? O nein, die Minenbesitzer hätten keinen Schaden erlitten. Die einzigen, die durch den Streik Schaden gelitten hätten, seien die Arbeiter gewesen, während die Minenbesitzer durch ihn noch Profite gemacht hätten. Der einzige Redner, der sich als wirklicher Syndikalist bekannte, war Gabeland Wilson, ein liberaler Politiker, der mit ganzem Herzen außerhalb der politischen Arbeiterbewegung steht. Die Resolution wurde mit großem Enthusiasmus angenommen. Dafür stimmten 1 693 000, dagegen 48 000.

Am vorletzten Tage wurde der Kongreß mit einem Dringlichkeitsantrag betreffend das Arbeiterversicherungsgesetz überschattet. Auf Grund dieses Gesetzes können außer den Unternehmernversicherungsvereinen und den Gewerkschaften auch die großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften Mitglieder erwerben. Das haben diese auch in so ausgiebiger Weise geschäftlich betrieben, daß nunmehr Gerüchte im Umlauf sind, die Gesellschaften hätten mehr als die Hälfte aller versicherungspflichtigen Personen als Mitglieder. Solche Gerüchte haben die Gewerkschaften, die anfänglich dem Gesetz passiv gegenüberstanden, auf die Beine gebracht und sie schimpfen darüber, daß die Unternehmer sich mit diesen Gesellschaften verbunden haben, um die Arbeiter hineinzuwickeln. Die Föderation der Gewerkschaften entsandte eine energische Agitation gegen das Erreichen der Gesellschaften, wobei die Bestimmungen des Gesetzes gute Dienste leisteten. Danach hat man bis zum 13. Oktober Zeit, um sich nach einem Verein betreffs Mitgliedschaft umzusehen, das heißt man kann sich in irgend einem Verein einschreiben lassen, und bis zum 13. Oktober muß man sich definitiv entscheiden haben, welchem Verein man angehören will. Laut dieser Bestimmung kann man bis zum Oktober die Mitgliedschaft ändern. Hierzu nun haben die Gewerkschaften aufgefordert und sich große Hilfe an das Versicherungskomitee gemacht. Dieses hat nun ein Zirkular veröffentlicht, das die Übertragungsmethode regeln soll. Das Komitee hat entschieden, daß die Gesellschaften, in die sich versicherungspflichtige Personen zuerst haben einschreiben lassen, auch ein Anrecht auf einen Teil der vorbereiteten staatlichen Verwaltungskosten des ersten Quartals habe. Hat aber eine Person bereits ihr Mitgliedsbuch und will sie dann überschreiben werden, so verliert der Verein (also die Gewerkschaft) einen Teil des „Rezerfonds“, der jedem Mitglied bei seinem Eintritt gutgeschrieben wird. Gegen dieses Zirkular richtete sich nun der Dringlichkeitsantrag. Genosse Sedou (Labengestellen), Mitglied

